

Möglichkeiten und Chancen junger Menschen in schrumpfenden Städten

– Beitrag für den Demografiepreis für Nachwuchswissenschaftler 2008/2009 –

Freiburg im Breisgau, den 01. September 2009

Felix Kroh
Landgraf-Friedrich-Straße 11 a
61350 Bad Homburg vor der Höhe

Abstract

Der demografische Wandel konfrontiert die Gesellschaft mit neuen Aufgaben, die von ihr bewältigt werden müssen. Dies betrifft auch die zukünftige Entwicklung der Städte. Gerade die Schrumpfung von Städten stellt sich als ein Prozess heraus, der zunehmend an Brisanz gewinnt. Die Diskussion über (Stadt-)Schrumpfungsprozesse ist dabei zumeist von einer negativen Sichtweise dominiert, so dass die Frage nach den sich für die Gesellschaft und den Einzelnen ergebenden Chancen häufig im Hintergrund steht. Zudem beschränkt sich die Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel vorrangig auf die Folgen für den älteren Teil der Bevölkerung.

Diese Arbeit nimmt eine grundsätzlich andere Position ein, fragt nach den Chancen der Schrumpfung und rückt die jungen Menschen in den Fokus: *Gezielt wird untersucht, welche Chancen und Möglichkeiten für junge Menschen in schrumpfenden Städten existieren und wie diese aktiviert werden können.*

Dabei folgt die Arbeit zwei Prämissen: Zum einen muss Schrumpfung als unausweichliche Tatsache grundsätzlich akzeptiert werden, zum anderen bieten sich durch Schrumpfung auch Chancen, da Entwicklung nicht allein über Wachstum zu erreichen ist. Um mögliche Fehlentwicklungen abzuwenden und Potenziale nicht zu verspielen, müssen daher die mit der Schrumpfung verbundenen Chancen frühzeitig genutzt und vorbeugende Maßnahmen eingeleitet werden. Diese Arbeit präsentiert deshalb Konzepte, wie den die Städte betreffenden Herausforderungen in schrumpfenden Regionen begegnet und Chancen sowie positive Zukunftsmöglichkeiten für junge Menschen aktiviert werden können.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden zunächst die grundlegenden Bedingungen und Ursachen sowie die Folgen von Stadtschrumpfungsprozessen erläutert. Der zweite Teil der Arbeit setzt sich gezielt mit den Chancen junger Menschen in schrumpfenden Städten auseinander. Insbesondere werden dabei die Themenfelder Demografie, Infrastruktur, Ökologie, Ökonomie, Politik, Soziales und Soziokulturelles sowie Wohnungswesen und Städtebau untersucht und jeweils aufgezeigt, welche Möglichkeiten bereitstehen, Chancen junger Menschen in schrumpfenden Städten zu aktivieren. Die theoretische Untersuchung wird dabei stets durch konkrete Beispiele ergänzt, welche die dargelegten Gedankengänge veranschaulichen.

1 Einleitung	1
2 Bedingungen von städtischen Schrumpfungsprozessen	4
2.1. Demografischer Wandel und Bevölkerungsrückgang.....	5
2.1.1. Die demografische Situation in Deutschland.....	5
2.1.2. Besonderheiten der demografischen Situation in den neuen Bundesländern.....	6
2.2. Ökonomische Ursachen.....	8
2.2.1. Ökonomischer Strukturwandel und Deindustrialisierung.....	8
2.2.2. Deökonomisierung.....	9
2.3. Suburbanisierung.....	11
3 Problematische Auswirkungen von Stadtschrumpfung	12
4 Möglichkeiten und Chancen junger Menschen in schrumpfenden Städten	15
4.1. Bereich Wohnungswesen, Städtebau, Flächennutzung.....	16
4.2. Bereich Soziales und Soziokulturelles	23
4.3. Bereich Ökologie.....	26
4.4. Bereich Infrastruktur	28
4.4.1. Bildung.....	28
4.4.2. Verkehr	30
4.5. Bereich Demografie.....	31
4.6. Bereich Wirtschaft.....	31
4.7. Bereich Politik.....	32
5 Fazit	37
Literaturverzeichnis	39

1 Einleitung

„Als erster Trend, der Stadtentwicklung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten bestimmen wird oder eher bestimmen sollte, gilt die demographische Entwicklung“ (Göschel 2004a: 2).

Der sogenannte demografische Wandel bringt neue Aufgaben und Herausforderungen mit sich, die von der Gesellschaft bewältigt werden müssen. Jedes Jahr steigt die Lebenserwartung statistisch um drei Monate (Druyen 2005: 17). Zugleich müssen wir uns jedoch auf eine langfristige Abnahme und zunehmende Heterogenisierung der Bevölkerung in Deutschland einstellen (Birg 2003: 8; ARL 2006a: 1). Den Städten kommt in diesem Kontext eine besondere Position zu, denn sie sind gewissermaßen die „Vorreiter der demografischen Alterung“ (Maretzke et al. 2008: 10). Ein Geburtendefizit stellt gerade für die großen Städte nichts Neues dar, sind sie doch in den letzten 100 Jahren einzig durch Zuwanderung gewachsen (Häußermann/Läpple/Siebel 2008.: 203). Der demografische Wandel verringert aber aufgrund des absoluten Bevölkerungsrückgangs auch den Zuzug in die Städte, was sich jedoch auf verschiedene Städte sehr unterschiedlich auswirken kann: „Den weiterhin prosperierenden Städten“ stehen immer mehr schrumpfende Städte gegenüber, so dass das „einheitliche Modell von Stadtentwicklung, das auf Zunahme von Bevölkerung und Arbeitsplätzen beruhte, [...] endgültig zerbrochen“ ist (ebd.: 182). Das alte Paradigma des Wachstums reicht demnach nicht mehr aus, um die Städte betreffenden Prozesse in ihrer Gesamtheit begreifen zu können (vgl. Häußermann/Siebel 1988). „Die Stadt ist im Umbruch“ (Pfeifer et al. 2004: 3), die Entwicklung ist ambivalent und weist in unterschiedliche Richtungen.

Es kristallisieren sich zwei Prozesse heraus, die stetig an Brisanz gewinnen: Die Überalterung der Stadtbewohner¹ und die Schrumpfung von Städten. Bis 2020 sind – so die Schätzung der Bertelsmannstiftung (2006: 24f.) – bereits etwa 37,5% der deutschen Großstädte mit mehr als 100.000 sowie rund ein Drittel der Städte und Gemeinden mit 5.000 bis 100.000 Einwohnern von Schrumpfung betroffen. Besonders in den neuen Bundesländern spielen diese beiden Phänomene derartig zusammen, dass man vor den zu erwartenden Konsequenzen die Augen nicht mehr verschließen kann, jedoch sind die Folgen keineswegs auf Ostdeutsch-

¹ In dieser Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit die männliche Form verwendet, es sind aber ausdrücklich beide Geschlechter gemeint.

land begrenzt (vgl. Tatje 2008: 114).² Die Bundes- und Länderregierungen haben die Herausforderung der Stadtschrumpfung erkannt und zu ihrer Bewältigung die Förderprogramme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ aufgelegt (Piniak/Prey 2005: 157). Die Analyse der derzeit ablaufenden Prozesse bietet daher bereits jetzt die Gelegenheit, Probleme zu untersuchen, die im Zuge des allgemeinen demografischen Wandels auf beinahe alle Städte im Bundesgebiet zukommen werden (Deutscher Städtetag 2006: 4).³ Es muss schließlich davon ausgegangen werden, dass die Konkurrenz zwischen den Städten und Regionen um demografische Potenziale stetig an Bedeutung gewinnen wird (Bogedan/Müller-Schoell/Ziegler 2008b: 11). Dabei ist zu beachten, dass demografische Prozesse immer zeitgleich mit anderen Wandlungsprozessen, wie beispielsweise ökonomischer oder sozialer Art, ablaufen (Mädling 2006: 29). Eine sorgfältige Auseinandersetzung mit den bislang beobachtbaren Schrumpfungsprozessen kann somit zur Vorbereitung auf die zu erwartende Entwicklung beitragen.

In der Diskussion über (Stadt-)Schrumpfungsprozesse überwiegt zumeist eine negative Sichtweise. Die Frage nach den sich für die Gesellschaft und den Einzelnen ergebenden Chancen steht oft im Hintergrund (vgl. Ganser 1997: 11; Hannemann 2004: 98; Werz 2008: 9). Gleichzeitig beschränkt sich die Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel vorrangig auf die Folgen für den älteren Teil der Bevölkerung. Es sind die ‚Alten‘, auf die sich die Bemühungen und die Suche nach Zukunftskonzepten in der Regel beziehen (vgl. bspw. Börsch-Supan et al. 2009; Bogedan/Müller-Schoell/Ziegler 2008a; Konrad-Adenauer-Stiftung 2008; Reichert 2007; Winkels 2007). Diese Arbeit soll jedoch eine grundsätzlich andere Position einnehmen und die jungen Menschen in den Fokus rücken, da übereinstimmend mit Kaufmann (2005: 94) anerkannt wird, dass „[d]as zentrale Problem unserer demographischen Entwicklung [...] nicht die Zunahme alter, sondern das Fehlen junger Menschen“ ist; die Herausforderung ist damit nicht die „Überalterung“, sondern die „Unterjüngung“ der Bevölkerung.

² Dies lässt sich besonders gut daran zeigen, dass der für die Stadtschrumpfungsdiskussion grundlegende Aufsatz von Häußermann und Siebel (1988) bereits vor der Wiedervereinigung veröffentlicht wurde und sich auf Entwicklungen in der ‚alten‘ Bundesrepublik bezieht.

³ Bereits in „etwa 15 bis 20 Jahren wird Schrumpfung, also [der] Rückgang der Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen, auch in den prosperierenden Zentren des Südens und Südwestens Deutschlands erwartet“ (Göschel 2004a: 6).

Bei der Beurteilung des gegenwärtigen Forschungsstands gilt es daher zweierlei zu beachten: Inwieweit kann er zu einer Diskussion über mögliche Potenziale gesichert beitragen? Sowie: was ist über die spezifische Situation junger Menschen bereits bekannt? Wie oben bereits erwähnt, konzentriert sich die reichhaltige Literatur rund um den demografischen Wandel vorrangig auf die Situation und Chancen der ‚Alten‘ – die Vielzahl der Studien zur Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme ist hierbei ausgeklammert. Die Auseinandersetzung mit schrumpfenden Städten hingegen gewann erst in den letzten zehn Jahren immer mehr an Fahrt und wurde in der Stadtforschung zu einem der am häufigsten diskutierten Themen. Die Debatte kreiste jedoch zunächst um eine allgemeine Gegenstandserfassung, die durch einige Feldstudien ergänzt wurde. Eine Diskussion über Möglichkeiten und Chancen schrumpfender Städte begann erst in den letzten Jahren (vgl. bspw. Lang/Tenz 2003; Liebmann/Robischon 2003a; Hannemann 2004; Giseke/Spiegel 2007; Kühn/Liebmann 2009). Die besondere Situation und die Chancen junger Menschen in schrumpfenden Städten ist jedoch bislang höchstens marginal diskutiert worden und dem Themenkomplex wurde dabei kein gesonderter Platz zugeteilt (vgl. auch Afheldt 2003: 230).

Die vorliegende Arbeit möchte zur Schließung dieser Lücke in der Forschung beitragen. Anhand der Sichtung des bereitstehenden Materials zum demografischen Wandel als auch zu schrumpfenden Städten sollen die einzelnen in den bislang veröffentlichten Schriften ausgeworfenen Fäden gemeinsam mit eigenen Ideen gebündelt werden, um als Ausgangspunkt für weitere Forschungsvorhaben dienen zu können. *Gezielt soll in dieser Arbeit untersucht werden, welche Chancen und Möglichkeiten für junge Menschen in schrumpfenden Städten existieren und wie diese aktiviert werden können.*⁴ Der Begriff ‚Stadt‘ umfasst dabei drei Dimensionen: die Stadt „als Wirtschafts- und Lebensraum“, in dem sich ökonomische und soziale Prozesse abspielen, als „gebaute Stadt“, also das räumliche Erscheinungsbild samt der unsichtbaren Infrastruktur, sowie als „politische Stadt“, also als politisch-administrative Einheit im Staatsgefüge und Ort politischer Willensbildung und Teilhabe (Mädig 2006: 36). Nach Chancen junger Menschen zu

⁴ Die eher allgemeinen Herausforderungen des demografischen Wandels und von Schrumpfung, wie beispielsweise die Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme oder den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt, und wo in deren Bewältigung Chancen für junge Menschen liegen, sind damit nicht Thema dieser Arbeit. Vgl. dazu beispielsweise Gründinger (2009).

fragen bedeutet zweierlei: Zum einen geht es um Maßnahmen, die konkrete Situation junger Menschen zu verbessern. Andererseits muss der Fokus erweitert werden: ‚junge Menschen‘ steht gleichsam als Metapher für das ‚noch Kommende‘. Welche Potenziale stehen zukünftig für – die dann herangewachsenen und noch nachkommenden – Menschen in schrumpfenden Städten bereit?⁵

Um die soeben aufgeworfene Frage beantworten zu können, werden im ersten Teil die grundlegenden Bedingungen von Stadtschrumpfungsprozessen erläutert; dies sind vor allem demografische und ökonomische Faktoren. In einem zweiten Schritt können dann die problematischen Auswirkungen der Schrumpfung kurz dargelegt werden, um anschließend Chancen und Möglichkeiten für junge Menschen in schrumpfenden Städten zu diskutieren und aufzuzeigen. Abschließend werden die wesentlichen Ergebnisse der Arbeit knapp zusammengefasst. Da die neuen Bundesländer besonders stark vom demografischen Wandel als auch von Stadtschrumpfung betroffen sind, lassen sich dort die Folgen dieser Entwicklungen wie im Zeitraffer ausgesprochen gut beobachten und analysieren (vgl. Barnick 2008: 51-53; Hannemann 2003: 23; Liebmann/Robischon 2003b: 7; Schmidt 2008: 81). Daher wird ihnen in dieser Arbeit ein besonderer Stellenwert zukommen.

2 Bedingungen von städtischen Schrumpfungsprozessen

Stadtschrumpfung wird in Bezugnahme auf Großmann (2007: 27) als

„Prozess der sozialräumlichen Restrukturierung unter den Bedingungen einer dauerhaft sinkenden Einwohnerzahl begriffen, bei dem sich soziale und physische Räume sowie ihr Verhältnis zueinander wandeln und ihre wechselseitige Passfähigkeit abnimmt“.

Als Endpunkt dieser Entwicklung droht der Verlust des eigentlich ‚Städtischen‘, der Urbanität einer Stadt (Barnick 2008: 37). Stadtschrumpfung ist ein vielseitiger Prozess mit verschiedenen Ursachen, die unabhängig voneinander auftreten können (vgl. Schäfers 2006: 213), ist jedoch vorrangig in demografische und ökonomische Entwicklungen eingebettet (vgl. Lang/Tenz 2003: 98, 130).⁶ Zunächst wird daher die allgemeine demografische Situation Deutschlands in den für die Untersuchung hauptsächlich relevanten Aspekten diskutiert. Weiter wer-

⁵ Wengleich ich mich bei diesen Überlegungen um Abstraktion und Erweiterungsfähigkeit bemühe, dient gleichsam als Hintergrundfolie stets das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland.

⁶ Vgl. dazu Häußermann, Läßle und Siebel (2008: 203): „Städte beginnen zu schrumpfen, wenn Arbeitsplatzabbau, Geburtendefizit und Abwanderung zusammentreffen.“

den dann die wirtschaftlichen Veränderungen näher thematisiert, die Schrumpfungprozesse im Speziellen bestimmen. Eine Auseinandersetzung mit dem eigenständigen Faktor Suburbanisierung veranschaulicht abschließend das Zusammenspiel dieser beiden Faktoren.

2.1. Demografischer Wandel und Bevölkerungsrückgang

2.1.1. Die demografische Situation in Deutschland

Die Bevölkerung Deutschlands umfasste zum Jahresende 2007 ungefähr 82.218.000 Menschen. Knapp 80 Prozent dieser Einwohner lebten in den alten, rund 16 Prozent in den neuen Bundesländern und die übrigen vier Prozent der Bevölkerung entfielen auf Berlin (BiB 2008a: 2-4). Beobachtet man die Entwicklung der deutschen Bevölkerung, so fallen dem Betrachter zwei – keineswegs neue – Schrumpfungprozesse ins Auge: zum einen schrumpft die Bevölkerung Deutschlands allgemein, zum anderen lässt sich im Speziellen ein Rückgang der ostdeutschen Bevölkerung feststellen.

Im Wesentlichen hängt die Bevölkerung eines Landes von der Geburtenrate, der Lebenserwartung sowie der Wanderungsbilanz ab (Spiegel 2007a: 19f.). In Deutschland reicht die Zahl der Neugeborenen seit 1972 nicht mehr aus, um den Verlust durch die Sterbefälle zu kompensieren; die zur Reproduktion der Bevölkerungszahl erforderliche Rate von 2,1 Kinder pro Frau wird in Deutschland seit bald 40 Jahren nicht mehr erreicht.⁷ Da bei gleich bleibender Geburtenrate von Generation zu Generation weniger potenzielle Mütter bereitstehen, setzt sich der Schrumpfungsprozess fort. Pro Generation verringert sich demnach sukzessive auf natürliche Weise die Bevölkerungszahl. Alterung und Abnahme der Bevölkerung sind damit für die nahe Zukunft festgelegt. Allein der stetige Strom von Zuwanderern sicherte (West-)Deutschland ein bis 2003 beständiges Bevölkerungswachstum (Grünheid 2009: 16; Sommer 2007: 275f.). Prognosen ergeben, dass sich ohne (weitere) Zuwanderung die deutsche Einwohnerschaft bis zum Jahr 2050 um 24 Millionen Personen verringern wird. Bereits in knapp 30 Jahren wäre das Gebiet der Bundesrepublik dann nur noch von 71 Millionen Menschen besie-

⁷ „1971 fiel die – periodenbezogene – zusammengefasste Geburtenziffer unter 2,0 Kinder je Frau, 1985 erreichte sie mit 1,28 ihren tiefsten Stand im früheren Bundesgebiet, stieg später zeitweise wieder auf über 1,40 an und beträgt in den letzten Jahren 1,38 bis 1,36“ (Sommer 2007: 275). „Das ostdeutsche Geburtenniveau [hingegen] lag bis zur deutschen Einheit deutlich über dem westdeutschen [war aber dennoch niedriger als 2,1; F.K.] und sank danach drastisch ab. Heute nähert es sich wieder dem westdeutschen Niveau an“ (Grünheid 2009: 23).

delt. Und selbst die als optimistisch einzustufende jährliche Zuwanderungsrate von 200.000 Einwanderern könnte einen Bevölkerungsverlust in der Höhe der Einwohnerzahl Niedersachsens bis 2050 nicht verhindern. Dieses Schrumpfen der Bevölkerung bleibt nicht ohne altersstrukturelle Konsequenzen (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 10): Der Anteil der über Fünfundsechzigjährigen wird bis 2050 um 13 Prozentpunkte auf 33 Prozent der Bevölkerung steigen und der der Achtzig- und über Achtzigjährigen steigt um 10 Prozentpunkte auf 15 Prozent, während zugleich die unter Zwanzigjährigen statt 20 nur noch 15 Prozent der Bevölkerung stellen werden (BiB 2008b: 28).⁸ Deutschland weist also den für hochtechnisierte Wohlfahrtsstaaten typischen Alterungsprozess der Bevölkerung auf (Schmid 2001: 20).

2.1.2. Besonderheiten der demografischen Situation in den neuen Bundesländern

Betrachtet man die demografische Entwicklung der neuen Bundesländer in den letzten 60 Jahren, dann tritt die Schrumpfung der Bevölkerung besonders deutlich zutage. Seit der Gründung der DDR nahm deren Einwohnerzahl kontinuierlich ab. Die Wiedervereinigung bewirkte jedoch eine neue Qualität des Bevölkerungsrückgangs:⁹ Die neuen Bundesländer haben seitdem bis 2006 1,5 Millionen Einwohner verloren (Salzmann 2009: 49f.). Neben hohen Sterbefallüberschüssen in den neuen Bundesländern sind hier insbesondere die umfangreichen Wanderungsverluste anzuführen, die zum großen Teil durch eine innerdeutsche Migration in die alten Bundesländer hervorgerufen wurden, und die sich erst seit 2001 langsam abschwächt.¹⁰ Besonders drastisch erscheint der Rückgang, sobald man sich genauer mit der alters- und geschlechtsspezifischen Selektivität ausei-

⁸ Der aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen und ebenfalls abnehmender Sterblichkeit einsetzende Alterungsprozess der Bevölkerung lässt sich gut am Billetermaß verdeutlichen: Dieser Index zieht die Zahl der über 49-Jährigen von der Anzahl der jungen Menschen unter 15 Jahren ab und weist, da das Maß im negativen Bereich liegt, bereits seit Mitte des 20. Jahrhunderts auf einen langfristigen Alterungsprozess hin (Grünheid 2009: 16).

⁹ Dennoch lassen sich diese Veränderungen nicht auf alle Gebiete in den neuen Bundesländern übertragen. Neben den Regionen mit rasantem Einwohnerverlust existieren Stabilitätsinseln mit stabilen oder sogar leicht wachsenden Einwohnerzahlen: „Vor allem in Städten in altindustriell geprägten und/oder peripheren Regionen gehen die Einwohnerzahlen besonders schnell zurück. Demgegenüber erweisen sich die Großstadtreionen Berlin, Dresden, Leipzig sowie die thüringischen Städte Erfurt, Weimar und Jena als Stabilitätsinseln. Aber auch Städte entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze [...] und tourismusorientierte Kleinstädte entlang der Ostseeküste haben stabile oder leicht wachsende Einwohnerzahlen“ (Franz 2005: 11).

¹⁰ Im Zeitraum zwischen 1991 und 2004 zogen 2,18 Millionen Menschen von Ost nach West, jedoch nur 1,28 Millionen Menschen aus dem Westen in die neuen Bundesländer. Die neuen Bundesländer verloren somit 900.000 Menschen, dies sind rund sechs Prozent der ehemaligen DDR-Bevölkerung (ohne Berlin) (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 11).

nersetzt. Rund 560.000 der Abgewanderten sind Menschen unter 25 Jahren. Ein Viertel der Binnenmigranten sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, 14 Prozent Männer zwischen 18 und 25 Jahren und weitere 25 Prozent Frauen im selben Alter. Es sind vor allem die jungen und besser qualifizierten Personen, welche die neuen Bundesländer verlassen, so dass für den Osten Deutschlands nicht mehr von „eine[r] Zukunft in gewohnten Bahnen“ (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 11) ausgegangen werden kann. Die Abwanderung der Jugend bedeutet auch, dass potenzielle Mütter und Väter die neuen Bundesländer verlassen und dort somit keine Kinder zeugen werden. (Grünheid 2009: 12, 33, 35; Häußermann 2005: 3).

Nur Mitte der 1990er Jahre konnten die – in diesem Zeitraum gesunkenen – Binnenwanderungsverluste durch Außenwanderungsgewinne in den neuen Bundesländern mehr als ausgeglichen werden. Insgesamt kam es jedoch zu einer negativen Wanderungsbilanz. Die alten Bundesländer profitieren hingegen nicht nur von der Binnenmigration, sondern auch von höheren Außenwanderungsgewinnen. Mit durchschnittlich 25 Personen je 10.000 Einwohner sind sie doppelt so hoch wie die in den ostdeutschen Gebieten (Grünheid 2009: 13, 37; Sommer 2007: 275).

Mit dem Bevölkerungsrückgang ging in den Gebieten der ehemaligen DDR eine drastische Alterung einher: Die ehemals junge Bevölkerung mit einem Medianalter von 35,5 Jahren (Stand 1990) alterte schnell, so dass das Medianalter nun (Stand 2006) fast zehn Jahre höher bei 44,7 Jahren liegt (Salzmann 2009: 49f.). Der Anteil junger Menschen unter 15 Jahren sank seit 1990 von 19,6 auf 10,7 Prozent, die über 64-Jährigen machten 2004 hingegen mittlerweile 20,2 Prozent der Bevölkerung aus. Man muss davon ausgehen, dass sich die Zahl der Personen zwischen 20 und 60 Jahren, die wesentlich die wirtschaftlichen Aussichten einer Region bestimmen, bis 2050 in den neuen Bundesländern halbieren wird. Parallel dazu entwickelte sich die westdeutsche Altersstruktur – begünstigt durch die Binnenmigration – in die entgegengesetzte Richtung, so dass sich die ehemals ‚alte‘ Gesellschaft etwas verjüngte: Der Anteil der über 64-Jährigen lag im Jahr 2004 bei 18,4, der der jungen Menschen bei 15 Prozent (Grünheid 2009: 13; Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 203).

2.2. Ökonomische Ursachen

2.2.1. Ökonomischer Strukturwandel und Deindustrialisierung

Die industrielle Revolution bedeutete für die westlichen Staaten im 19. Jahrhundert eine zunehmende Verstädterung (Häußermann/Siebel 1988: 78; vgl. Schäfer 2006: 51-62). Angelockt durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten zogen die Menschen in die Städte, die ihre Bewohnerzahlen dadurch kräftig steigern konnten. Der Bebauungsplan für Berlin beispielsweise sah in den 1860er Jahren eine Vervierfachung der Einwohnerzahlen vor (Albers 2007: 33). Doch „[d]er Siegeszug der städtischen Industrie schuf gleichzeitig die Voraussetzungen für die Transformation und Selbstaufhebung der damit verbundenen speziellen Form der Urbanisierung“ (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 14).

Seit den 1970er Jahren hat sich die Ausgangsbedingung von städtischer Entwicklung fundamental verändert: Der wirtschaftliche Strukturwandel bedeutet für die meisten Städte, dass sie nicht länger die „privilegierte[n] Zentren der industriellen Produktion“ sind (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 15). Der Wegfall von Arbeitsplätzen in der Fertigung betrifft besonders jene Städte, die von der Industrialisierung am stärksten profitiert hatten oder aber überhaupt erst aufgrund dieser entstanden waren (Häußermann 2005: 3). Nicht alle Städte können dieser Herausforderung der postindustriellen Gesellschaft gerecht werden und angemessen auf die Tertiärisierung – den Wandel hin zu einer Dienstleistungswirtschaft – reagieren (Hannemann 2003: 17f.). In der Folge ist statt der herkömmlichen Entwicklungsdisparität von ‚Stadt‘ und ‚Land‘ eine zunehmende Polarisierung zwischen Städten zu beobachten (Barnick 2008: 28). Können einige Städte vom Wandel profitieren, so bedeuten Standortverlagerungen in Niedriglohnländer und die Schließung von Betrieben für andere Städte einen Verlust an Arbeitsplätzen und damit auch an Attraktivität. Die Zukunftsaussichten der ansässigen Bevölkerung sinken, so dass insbesondere junge und qualifizierte Menschen andernorts eine bessere Zukunft für sich suchen. So muss beispielsweise das Ruhrgebiet noch immer mit den Auswirkungen des ökonomischen Strukturwandels kämpfen (Franz 2005: 11). Lässt sich dieses Phänomen in der Bundesrepublik Deutschland bereits seit den 1960er Jahren beobachten – damals wie heute als ‚Nord-Süd-Gefälle‘ bezeichnet – so brachte die Wiedervereinigung sowohl eine neue Qualität hinsichtlich der Deindustrialisierung – vornehmlich in den neuen Bundesländern –

als auch der dadurch veranlassten Binnenmigration mit sich (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 15, 184, 190).

2.2.2. Deökonomisierung

Vergleicht man die Entwicklung in den alten und den neuen Bundesländern, so wird schnell klar, dass das Schlagwort „Deindustrialisierung“ bei weitem nicht ausreicht, um die tatsächlichen Veränderungen in Ostdeutschland zu begreifen. Zu mächtig sind die im Zuge der Wiedervereinigung ausgelösten Prozesse für die Wirtschaft der neuen Bundesländer. Die Deindustrialisierung ist von besonders großem Ausmaß, denn die marktwirtschaftliche Integration der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik bedeutete zugleich einen gesamtdeutschen Wettbewerb um die besten Standorte sowohl für Unternehmen als auch für die privaten Haushalte. Der nun auf sie hereinbrechenden moderneren, kapitalistisch organisierten Konkurrenz war die Wirtschaft der ehemaligen DDR mit ihren teilweise stark industrialisierten und von Monostrukturen geprägten Räumen nicht gewachsen. Schwächen in der Infrastruktur konnten trotz umfangreicher Förderprogramme nicht ausreichend behoben werden (Franz 2005: 10; Lang/Tenz 2003: 59). Dem Zusammenbruch folgten schwerwiegende Konsequenzen: 70 Prozent des Saldos der in den neuen Bundesländern abgebauten Arbeitsplätze entfallen auf die Industrie. Erste Angleichungen der Löhne an das Westniveau und ein von der Kaufkraftparität abweichender Wechselkurs verstärkten „einen ‚Abschmelzungsprozess‘ bei den Arbeitsplätzen“ (Hannemann 2003: 19). Erschwerend hinzu kamen Altlasten, welche die neuen Bundesländer aus der DDR-Zeit mitnahmen; für den hier behandelten Zusammenhang sind das staatliche Bodeneigentum sowie die zentralstaatlich organisierte Planung und Stadtverwaltung. Im Zuge der Systemtransformation wirkten sich diese speziell bei der De-Administrierung, der De-LPGsierung sowie der De-Militarisierung negativ auf die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft aus (Hannemann 2003: 17f.). Insgesamt führen all diese Faktoren dazu, dass wir nach 1990 in den neuen Bundesländern keinem Strukturwandel, sondern einem Strukturbruch begegnen (Kil/Doehler/Bräuer 2003: 26).

Die geringsten negativen Auswirkungen entfielen dabei auf den Abbau der vormals stark ausgeprägten administrativen Strukturen des ehemaligen DDR-Städtesystems. Viele Bezirks- oder Kreisstädte mussten seitdem auf den zuvor besessenen Status verzichten und die Stellen in der Verwaltung abbauen. Der Ar-

beitsplatzverlust ist zudem durch die Auflösung der Massenorganisationen und der politischen Führungsstrukturen zusätzlich verstärkt worden (Hannemann 2003: 18f.). Eine weitere Folge des administrativen Systems war allerdings auch, dass in jenen Städten, die nicht über den Status als Kreis- bzw. Bezirksstadt verfügten – immerhin 50 % der ostdeutschen Kleinstädte –, während der DDR kaum Investitionen getätigt wurden, was deren Wettbewerbsposition nach der Wende weiterhin erheblich verschlechterte (Hannemann 2004: 22f.). Zudem führten die zentrale Planung und die Konzentration auf den Neubau von Großsiedlungen dazu, dass ein Großteil des Altbaubestands praktisch unbewohnbar war (Lang/Tenz 2003: 14f.).

Die De-LPGsierung beschreibt die Transformation der vormals genossenschaftlich und zentralwirtschaftlich organisierten DDR-Landwirtschaft. Die Dekollektivierung der ehemals – oft nach der Industrie auf Platz Zwei rangierenden – wichtigen ökonomischen Basis bewirkte einen Rückgang von 80 Prozent der vormals in der Landwirtschaft Beschäftigten (Hannemann 2003: 18f.).

Zudem gab es in Bezug auf ihre Größe in der DDR nicht nur sehr viel stationiertes Militär sondern auch weitere paramilitärische Organisationen und Institutionen. Zusammen mit den stationierten Sowjettruppen trug dies alles in vielen Regionen nicht nur aufgrund der Arbeitsplätze, sondern vor allem auch aufgrund der nachgefragten Dienstleistungen teilweise bedeutend zu deren wirtschaftlicher Basis bei. Die De-Militarisierung bedeutete damit auch einen starken Nachfrage-rückgang (Hannemann 2003: 19).

Zusammen mit den oben beschriebenen Problemen der allgemeinen Tertiärisierung der Wirtschaft handelt es sich in Ostdeutschland – wie oben bereits erwähnt – mitnichten um einen Strukturwandel, sondern vielmehr um eine Erosion der ökonomischen Basis, so dass heutzutage von der ehemaligen DDR-Wirtschaft beinahe nichts mehr übrig ist: Die Erwerbstätigenzahl sank zwischen 1990 und 2000 um 3,7 Millionen Personen (Kil/Doehler/Bräuer 2003: 26).¹¹ Die ostdeutschen Städte sehen sich mit einem wirtschaftlichen Strukturbruch und einem weitgehenden Funktionsverlust konfrontiert, die zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie ökonomischer Stagnation und Rezession führen. Die Lage in den neuen Bundesländern muss daher in vielen Regionen viel weitreichender, nämlich

¹¹ In dieser Zahl sind auch die 400.000 Pendler enthalten, die in den alten Bundesländern eine Anstellung fanden.

als eine „De-Ökonomisierung“ bezeichnet werden (Hannemann 2003: 19). Kil, Doehler und Bräuer (2003: 26) zufolge sind die ostdeutschen Städte für die (globale) Wirtschaft zu großen Teilen überflüssig geworden, da nach 1990 „[n]ahezu das gesamte Erwerbsspektrum einer modernen Industriegesellschaft [...] vollkommen unvorbereitet zur Disposition gestellt“ wurde. Es handele sich um ein „Schattenreich des neoliberalen Globalisierungsmodells“ (ebd.: 26), weitgehend „frei von ‚Marktwirtschaft‘“ (Hannemann 2003: 19). Die Bewohner sehen sich einer wenig Hoffnung versprechenden Situation gegenüber, die nicht wenige zum Fortzug motiviert (vgl. Mai 2004).¹²

2.3. Suburbanisierung

Suburbanisierung bezeichnet allgemein die Abwanderung der Bewohner in das Umland und den Stadtrand auf Kosten der Kernstadt (Häußermann 2001: 520f.), steht jedoch auch für die intraregionale Verlagerung von Arbeitsplätzen, Handel oder Dienstleistungen (Lang/Tenz 2003: 46). Als Ursache städtischer Schrumpfungprozesse befindet sie sich seit 1997 bundesweit im Rückgang (Siedentop 2004: 253).

Es ist zu beachten, dass Suburbanisierung nicht zwingend negative Folgen für die betroffene Region mit sich bringen muss. Wenngleich Stadtentwicklung zwischen Schrumpfung und Wachstum aufs engste mit demografischen und ökonomischen Einflussgrößen verknüpft ist, muss eine einseitig negative Entwicklung keinesfalls zu Schrumpfung führen: Angenommen eine Stadt leidet unter Einwohnerrückgang und negativer wirtschaftlicher Entwicklung, die zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führt,¹³ so handelt es sich scheinbar eindeutig um den beunruhigenden Fall von Schrumpfung. Doch auch eine andere Situation ist denkbar, die insgesamt wenig Anlass zur Sorge bereitet: Der Bevölkerungsverlust kommt nämlich aufgrund einer Suburbanisierungsbewegung in das – auf Kosten der Kernstadt – prosperierende Umland zustande. Die Gesamtsituation der Region

¹² „[S]ie [die Betroffenen, FK] kämpfen, einzeln wie kollektiv, ums Überleben – weniger materiell-finanziell (das zunehmend auch), sondern sie kämpfen mehr im Sinne einer jeden Morgen neu zu findenden Rechtfertigung: Warum soll man als aktiver, mobiler und ehrgeiziger Mensch in einer Region bleiben, die dauerhaft mit einer Arbeitslosigkeit von 26 Prozent und mehr zu kämpfen hat, in der die Bahn erst einzelne Bahnhöfe, dann ganze Strecken stilllegt, wo Sparkassen und Postfilialen reihenweise schließen, wo Ärzte und Schulen nur noch in der Kreisstadt zu finden sind, der Einzelhandel zum Erliegen kommt und – als finale Katastrophe – die letzte Kneipe aufgibt“ (Kil/Doehler/Bräuer 2003: 26).

¹³ Denkbar ist auch eine stagnierende oder sogar eine positive wirtschaftliche Entwicklung mit ‚jobless growth‘. Vgl. dazu auch Franz (2004).

stellt sich damit keineswegs negativ dar, denn die Gesamtbevölkerung der Region und die lokale Wirtschaft entwickeln sich positiv. Die größte Herausforderung für die Stadtentwicklung sind daher die Städte, die nicht auf Ressourcen einer sich gut entwickelnden, sie umgebenden Region zurückgreifen können (Lang 2003).

Suburbanisierung ist zumeist sozial selektiv und erfolgte speziell in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung in einer ungeheuren Geschwindigkeit und Intensität (Hannemann 2003: 20f.). Die einseitig ausgerichtete DDR-Städtebaupolitik förderte den Verfall der innerstädtischen Altbauquartiere und setzte vor allem auf den Neubau von Großsiedlungen. Nach der Wiedervereinigung förderten Subventionen und auf Flächenneuerschließung ausgerichtete Stadtentwicklungsstrategien zusammen mit der nur langsam vonstatten gehenden Sanierung der historischen Bausubstanz die Suburbanisierung in den neuen Bundesländern (Hannemann 2000: 101). Die Wiedervereinigung bedeutete erstmals die freie Wohnwahl und erlaubte den ‚Traum‘ vom Eigenheim im Grünen, so dass die Suburbanisierung in den neuen Bundesländern in diesem Sinne auch als eine Art nachgeholter Suburbanisierung verstanden werden kann (Bohne/Eichstädt-Bohlig/Hannemann 2006: 59f.), wie sie für Industrienationen typisch ist. In Westdeutschland begann diese seit den 1950er Jahren, verlief jedoch gemächlicher und war vor allem eben auch Ausdruck des allgemeinen Wachstums und der zunehmenden Bevölkerung (Schäfers 2006: 88-92).

3 Problematische Auswirkungen von Stadtschrumpfung

Stadtschrumpfung stellt sich – wie oben erläutert – als ein vielseitiger Prozess dar, dessen Auswirkungen verschiedene Felder betreffen. Jedoch müssen die Konsequenzen von Schrumpfung nicht zwingend negativ sein, da auch Entlastungswirkungen möglich sind. Die Folgen der Schrumpfung sind in allen drei Dimensionen der Stadt – Wirtschafts- und Lebensraum, gebaute Stadt sowie politische Stadt – aufzuspüren (Mäding 2006: 38). Lang und Tenz (2003: 98f.) zufolge lassen sich die Konsequenzen von Schrumpfung idealtypisch in sieben Bereiche einteilen. Sinnvoll erscheint eine Unterscheidung in die zwei ursächlichen Bereiche Ökonomie und Demografie sowie in die Folgeprozesse in den Bereichen Infrastruktur, Kommunal финанzen, Ökologie, Soziales sowie Städtebau. Der Vorgang der Stadtschrumpfung muss insgesamt jedoch als ein sich gegenseitig beeinflussendes Prozessgeflecht verstanden werden. Oft lassen sich einzelne Prozesse nicht

deutlich voneinander trennen und nur einem der soeben genannten Bereiche zuzuordnen. In einer schrumpfenden Stadt treten zudem Schrumpfs- und Wachstumsprozesse sowohl zeitlich als auch räumlich nebeneinander auf. In diesem Abschnitt steht die problematische Dimension von Schrumpfung im Fokus, bevor sich das folgende Kapitel den der Schrumpfung immanenten Chancen zuwendet.

Der Schrumpfung wohnt eine Eigendynamik inne, welche die natürliche Bevölkerungsentwicklung langfristig vorausbestimmt. Die Bevölkerung altert (schneller) und nimmt in ihrer Dichte ab. Die bescheidenen Zukunftsaussichten motivieren – vor allem junge und qualifizierte – Menschen zum Wegzug. Während die Haushaltszahl insgesamt zurückgeht, steigt die Anzahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte relativ gesehen an. Gleichzeitig verringert sich jedoch die Anzahl der Personen pro Haushalt sowie der Haushalte, in denen mehrere Generationen zusammen leben. Es ist davon auszugehen, dass der Ausländeranteil aufgrund von Zuwanderung sowie des unterschiedlichen generativen Verhaltens von Migranten ansteigt. Die Struktur und das Bildungsniveau der ansässigen Erwerbspersonen unterliegt Veränderungen; unter anderem da das Bildungsniveau der Zugewanderten in der Regel vergleichsweise geringer ist. Erschwerend kommt die Bildungsbenachteiligung der Migranten zweiter Generation hinzu. Der Rückgang der Bevölkerung entzieht der städtischen Ökonomie Kaufkraft und senkt die Nachfrage nach personenbezogenen Gütern und Dienstleistungen (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 184; Lang/Tenz 2003: 100-103).

Die ökonomische Schrumpfung führt zu einem Abbau an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, einer überproportional hohen Arbeitslosigkeit und einer niedrigen Erwerbsquote. Aufgrund des Wegfalls der wirtschaftlichen Basis und damit verbundener lang anhaltender Arbeitslosigkeit droht die Entwertung der beruflichen Qualifikation. Die rückläufigen Realeinkommen und die damit sinkende Kaufkraft beeinflussen die städtische Ökonomie zusätzlich negativ. Fehlende wirtschaftliche Perspektiven senken die Attraktivität für mögliche Zuwanderer und die generelle Investitionsbereitschaft (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 184; Lang/Tenz 2003: 104-106).

Weiter verschlechtert sich das Versorgungs- und Infrastrukturanangebot. Da ein Großteil der Kosten fix ist, wird der Unterhalt aufgrund der sinkenden Zahl von Gebührenzahlern teurer. Zudem entstehen teilweise zusätzliche Kosten, wenn die Nutzung der Infrastruktur zurückgeht. Beispielsweise müssen Abwasserrohre

mit zusätzlichem Wasser gespült werden, da die aufgrund der Schrumpfung reduzierte Durchflussmenge nicht ausreicht, um allen Unrat davonzutragen. Insgesamt kommt es damit sowohl zu steigenden Entgelten als auch zu einer Leistungsreduzierung, was sowohl die weichen – Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote – als auch die harten – etwa Straßen oder Kanalisation und die gebührenfinanzierte Infrastruktur – Standortfaktoren weiter verschlechtert (BMVBS 2006: 6-10; Lang/Tenz 2003: 115-122).

Die Abwanderung aus schrumpfenden Städten führt zu sinkenden Einnahmen durch verringerte Zuweisungen der Länder, die sich an der Bevölkerungszahl orientieren, und sie ist selektiv. Gerade die potenziellen Steuerzahler suchen andernorts ihr Glück. Das sozioökonomische Profil wird damit stärker von Sozialleistungen geprägt (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 211). Besonders in Ostdeutschland sind die Städte von Transferleistungen stark abhängig, da selbst nur geringe Einnahmen generiert werden können, die insgesamt rückläufig sind. Dies zwingt die Verwaltung zu Kosteneinsparungen, die nicht nur die Infrastruktur an sich, sondern auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes betreffen. Einrichtungen wie städtische Parks können nicht mehr auf dem gewünschten Niveau unterhalten, ökologische Verbesserungen zunehmend schwerer gegenüber anderen Interessen durchgesetzt werden. Da die allgemeinen Unterhaltskosten bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen steigen, verringern sich die kommunalen Handlungsspielräume. Die Masse an frei einsetzbaren Mitteln geht zurück (Hannemann 2003: 19f.; Lang/Tenz 2003: 122-125, 129). Der aufgrund der verschärften Finanzlage forcierte Abbau der (sozialen) Infrastruktur senkt die Attraktivität der Stadt als Lebensort – speziell auch für junge Familien (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 184).

Für die Gestalt der Städte hat der Bevölkerungsrückgang weitreichende Folgen. Während vor- und frühindustrielle Städte bei Schrumpfung ihre bauliche Persistenz behielten und so zumeist nur Viertel vor den Stadtmauern aufgegeben haben, gestaltet sich die Situation in den heute schrumpfenden Städten anders (Jessen 2007: 47). Es „entstehen neuartige Stadtgebiete, die in mehr oder weniger zusammenhängende Teilgebiete zerfallen“ (Hannemann 2003: 21). Das neue Bild ist das der ‚perforierten‘ Stadt: „Die Gestalt der Peripherie dringt in die geschlossene Gestalt der europäischen Stadt ein“ (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 209). „Allein der Stadtumbau genannte subventionierte Abriß von inzwischen über

125 000 Wohnungen seit 2001 hat nicht nur sichtbare Spuren hinterlassen, sondern auch stark in das sozialräumliche Gefüge betroffener Städte eingegriffen“ (Jessen 2007: 47). Viele Gebäude werden trotz solcher Maßnahmen ungenutzt bleiben. Die sinkende Nachfrage nach Wohnungen und Gewerbeflächen verändert den Angebotsmarkt zu einem Mietermarkt (Lang/Tenz 2003: 108-115). Zusammen mit dem wirtschaftlichen Abschwung befördert der entspannte Wohnungsmarkt die intrastädtische Segregation (Häußermann 2005: 3): „Man kann sich die Nachbarschaft nun aussuchen“ (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 18), so dass sich die ohnehin sozial Benachteiligten noch stärker auf bestimmte Stadtquartiere konzentrieren.

Insgesamt bleiben die negativen Auswirkungen der Schrumpfung zumeist nicht wirkungslos auf die Wahrnehmung der Stadt durch die Bewohner und externe Personen, so dass ihr vermehrt ein Image der Erfolglosigkeit anhaftet. Die Probleme erscheinen zunehmend als unlösbar, die sich ausbreitende Perspektivlosigkeit kann die Aktivität der lokalen Akteure bremsen (Bose/Wirth 2006: 20; Bohne/Eichstädt-Bohlig/Hannemann 2006: 65; Lang/Tenz 2003: 126).

4 Möglichkeiten und Chancen junger Menschen in schrumpfenden Städten

„Die augenblickliche Krise der europäischen Stadt [...] fordert dazu auf, neuen, radikalen Denkansätzen Gehör zu verschaffen“ (Akbar 2004: 211).

Nachdem bislang die – gerade auch für junge Menschen relevanten – Problemfelder und Herausforderungen der städtischen Schrumpfungsprozesse dargestellt worden sind, können nun Wege und Maßnahmen aufgezeigt werden, um Chancen und Möglichkeiten für junge Menschen bei Stadtschrumpfungsprozessen zu aktivieren. Chancen aufzeigen heißt hier nach Potenzialen zu suchen, die mobilisiert werden können, um die konkrete Situation junger Menschen zu verbessern und – wie eingangs erwähnt – darüber hinaus eine Zukunftsperspektive für schrumpfende Städte aufzuzeigen. Diese können dabei nicht nur – wie von vielen Kommunen in ihren Konzepten so vorgesehen – in den rein städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Aspekten gefunden werden. Es muss sich vielmehr den insgesamt zugrundeliegenden Ursachen zugewandt und nach innovativen Lösungen gesucht werden, die der Violdimensionalität einer Stadt gerecht werden (vgl. Liebmann/Robischon 2003b: 6). Ein einheitliches Patentrezept wird es aber nicht

geben (Lang 2001). Es geht darum, *mögliche* Entwicklungen in der Zukunft zu beschreiben (Hannemann 2004: 99), wobei zwischen klassischen, am Wachstumsparadigma orientierten, sowie alternativen, den Tatbestand der Schrumpfung anerkennenden, Konzepten unterschieden werden muss. Kostenträchtige Investitionen (allein), welche die mitunter angespannte finanzielle Situation weiter verschärfen, bieten keinen adäquaten Lösungsansatz (vgl. Oswald/Overmeyer/Prigge 2001).¹⁴ Es ist gerade der Tatbestand der Schrumpfung, der uns mit der Herausforderung konfrontiert, sich von altbekannten Paradigmen lösen zu müssen. Grundsätzlich gilt, dass ‚Schrumpfung-an-sich‘ erst einmal anerkannt werden muss, um nach den sich spezifisch eröffnenden Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten zu fragen (vgl. Lang/Tenz 2003: 138). Es müssen solche Potenziale aufgespürt werden, die diese *andere* Art von Entwicklung ermöglichen und speziell im endogenen Bereich zu finden sind, und den Blick über – zweifelsfrei wichtige – ökonomische Faktoren hinauszulenken, denn was „können ökonomische Potenziale ohne Wachstum sein“ (Hannemann 2004: 99, 217). Der analytische Fokus muss damit auf vorhandene, mitunter brachliegende Ressourcen gelenkt werden. Auf diese Weise kann zwar der grundsätzliche Trend der Schrumpfung nicht aus der Welt geschaffen, der Umgang und das Leben mit diesem jedoch erheblich angenehmer gestaltet werden (vgl. Oswald/Overmeyer/Prigge 2001).¹⁵ Als Ergebnis kann somit am Ende eine Alternative zur ‚herkömmlichen‘, ‚wachsenden‘ Stadt stehen (vgl. Göschel 2004b: 242).¹⁶

4.1. Bereich Wohnungswesen, Städtebau, Flächennutzung

Es lässt sich beobachten, dass Personen oft eher unwillig aus den Städten ziehen:

¹⁴ Oswald/Overmeyer/Prigge (2001) erläutern diesen Gedanken sehr anschaulich als den Unterschied zwischen Motor- und Segelboot: „Traditionelle Planung ist mit einem Motorboot vergleichbar. Mit geringer Rücksicht auf bestehende Wetterverhältnisse kann das Motorboot aufgrund künstlicher Energiezufuhr (Investition) bewegt und zu einem beliebigen Ziel gesteuert werden. Ein Segelboot hingegen benötigt keine Energiezufuhr, da es sich mit Hilfe vorhandener Ressourcen (Wind) fortbewegt. Die Steuerung des Bootes muss eng auf die Windverhältnisse abgestimmt werden. Dann ist es möglich, ein bestimmtes Ziel zu erreichen.“ Mäding (2006: 39) meint dazu, dass „Mut zur Bescheidenheit [...] nicht mit Verzicht auf politische Gestaltung verwechselt werden“ dürfe.

¹⁵ Vgl. dazu auch Häußermann und Siebel (2000: 85): „Zeit und Platz zu haben, ist wohl der größte Luxus, den eine Gesellschaft, die den Hunger abgeschafft hat, bieten kann“.

¹⁶ Weiter gedacht übernehmen die Städte damit auch ihre Aufgabe als „Motor der geistig-kulturellen Entwicklung“ (Eichstädt-Bohlig/Drewes 2006: 9) und bieten neue Integrationsmöglichkeiten an, da diese über die Erwerbsarbeit in der heutigen Gesellschaft nicht mehr für alle gewährleistet werden kann (vgl. Habermann-Nieße 2006: 95).

„Eine Umfrage in München hat gezeigt, dass 60% der Familien, die in das Umland gezogen sind, lieber in der Stadt geblieben wären. Als Ursachen für den Wegzug wurden hohe Preise für Wohnraum, fehlende Grünflächen, zu große Lärm- und Verkehrsbelastung, zu hohes Gefahrenpotential durch Verkehr und zu wenig Spielraum genannt. Das heißt, Städte müssen verstärkt in eine bessere Wohnqualität investieren“ (Dahlbender 2006: 179).

In einer Verbesserung der allgemeinen Wohnqualität liegt für die Städte damit eine große Chance, zumindest den Wegzug potenziell abwanderungswilliger Personen zu verhindern und damit zur Stabilisierung der Situation beizutragen (vgl. auch Habermann-Nieße 2006: 94; Feldtkeller 2006). Der Erfolg solcher Maßnahmen ist zum Beispiel in der Oer-Erckenschwicker Hochhaussiedlung Schillerpark, in Sachsendorf/Madlow, Wittenberg, Neustadt an der Orla, Leinefelde oder Guben ersichtlich (Liebmann 2005: 12; Karsten 2006; Ramge 2004). Die Gelegenheit zur Verbesserung der Wohnqualität ist – so paradox das klingen mag – in schrumpfenden Städten teilweise günstig.

Dem durch Leerstand induzierten entspannten Wohnungsmarkt liegt ein einmaliger Luxus inne: Zum ersten Mal steht es auch den Haushalten mit niedrigem Einkommen offen, frei das eigene Quartier bzw. seine Nachbarschaft auszuwählen und dabei eine Wohnung oder ein Haus mit großzügigerem Platzangebot zu beziehen, ohne dabei auf die städtische Infrastruktur verzichten zu müssen.¹⁷ Unter anderen Vorzeichen würde dieser Prozess als eines *der* Anzeichen für ‚Fortschritt‘ und spürbare Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität gelten.¹⁸ Dabei ist es nicht allein die Wohnfläche, die sich pro Kopf ausdehnt, es ist auch der allgemeine Platz, also die Freifläche, die sich pro Kopf gesehen vergrößert hat (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 214f.). Gleichzeitig ermöglichen die gesunkenen Boden- und Immobilienpreise mehr (jungen) Menschen die Eigentumsbildung. In Leipzig zum Beispiel werden Interessenten dabei durch das Selbstnutzerprogramm gezielt beraten und unterstützt.¹⁹ Die Eigentumsbildung nützt – zum Beispiel als wichtiger Bestandteil der Altersvorsorge – nicht nur den Käufern selbst, sondern hat aufgrund des in der Regel höheren Pflege- und Verantwor-

¹⁷ Steinführer (2002) ist hier skeptischer und zeigt für Leipzig, dass die einkommensschwachen Gruppen weiterhin marginalisiert werden.

¹⁸ Die „Ausdehnung der pro Kopf verfügbaren Wohn- und Freiflächen [...] war das Ziel fast aller städtebaulichen Leitbilder des vorigen Jahrhunderts. Die ‚gegliederte und aufgelockerte Stadt‘, das städtebauliche Leitbild der Bundesrepublik bis in die sechziger Jahre, war ein Entwurf gegen die Enge und das Elend der dichtbesiedelten Stadt des 19. Jahrhunderts“ (Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 214).

¹⁹ Vgl. die Homepage (www.selbstnutzer.de) für weitere Informationen.

tungsbewusstseins auch positive Auswirkungen auf das soziale und bauliche Umfeld (Lang/Tenz 2003: 154, 156).

Der geringere Nutzungsdruck gestattet darüber hinaus die Realisierung von Projekten, die in wachsenden Städten keine Chance haben. Die Folgen der Schrumpfung ermöglichen somit einige wichtige Verbesserungen „durch [eine] ökologische und anthropologisch orientierte Stadterneuerung“ (Geißler 1991: 69). Zudem stehen gleichzeitig Fördermittel zur Verfügung, um das große Problem der Finanzierbarkeit abzumildern (Karsten 2006). An der Umsetzung des Programms „Stadtumbau Ost“ lassen sich jedoch einige Unzulänglichkeiten dieser Hilfen ausmachen: Statt sich auf das Ziel der Aufwertung zu konzentrieren, steht vor allem der Abriss von Gebäuden an sich im Vordergrund. Grund dafür ist unter anderem die Unfähigkeit der Kommunen, die erforderlichen Eigenmittel zur Verfügung stellen zu können. Zudem beschränkt sich das Programm weitgehend auf die Großwohnsiedlungen am Stadtrand, da nur „hier die erforderlichen Akteurs- und Interessenkonvergenzen hergestellt werden können“ (Glock 2006: 43). Die Situation in den Altbauquartieren mit ihrer Vielzahl an Eigentümern stellt sich dagegen ungleich komplizierter dar. Stadtumbau darf nicht allein „auf eine sektorale Konsolidierungsstrategie der Wohnungswirtschaft verengt werden“, sondern muss zwingend gesamtstädtische Aspekte berücksichtigen und neue Entwicklungsziele ausfindig machen (Siedentop 2004: 251; vgl. Bartels 2004: 267). Die tatsächlich zur Wohnumfeldaufwertung verwendeten Mittel müssen höher ausfallen (vgl. Umweltbundesamt 2007: 80). Bei einem nachhaltig gelingenden Stadtumbau sind die Bürger in den Prozess mit eingebunden (Frick 2006: 131).

Die Schrumpfung entspannt zwar den Immobilienmarkt, bringt jedoch gleichzeitig Brachen in die Stadt. Diesen brachliegenden Flächen beziehungsweise der Umgang mit diesen kommt bei der Revitalisierung und Etablierung einer nachhaltigen städtischen Entwicklung eine Schlüsselrolle zu. Es sind Bauprojekte möglich, die eigentlich für suburbane Wohnformen typisch sind: Zum Beispiel gestattet die schrumpfende Stadt den Bau von Einfamilienhäusern inmitten der Innenstadt oder – wie in Halle geschehen – die Einrichtung von Anwohnergärten (Bose/Wirth 2006: 24; Göschel 2004b: 243f.). Gerade Letztere sind ein gutes Beispiel für Chancen: Das Angebot wird gerne angenommen – es besteht also Bedarf – und zugleich wird dadurch die Kommune finanziell entlastet, da die Anwohner die Pflege der Anlage übernehmen (Spiegel 2007b: 83). Neben der Mobilisierung

von Flächenpotenzialen steht vor allem auch die Qualifizierung von öffentlichen Räumen im Vordergrund, um die kommunale Zukunft zu sichern. Die Schrumpfung eröffnet dabei viele Potenziale und bietet den Freiraum, um sich Flächen und Gebäude sowohl individuell als auch kollektiv auf kreative Weise anzueignen. Bislang private Flächen werden für die Öffentlichkeit geöffnet und so zu einem „Möglichkeitsraum“ (Göschel 2004a: 7). Die Brachen werden zu „Versuchsfelder[n] neuer urbaner Praktiken“ (Giseke 2007: 197). Die Situation einer schrumpfenden Stadt fordert demnach dazu auf, völlig neu über Flächennutzung nachzudenken, und bietet die große Gelegenheit Raum für Experimente und kreative Zwischenlösungen zur Verfügung zu stellen.²⁰ So gesehen unterliegt die Stadtentwicklung in einer schrumpfenden Stadt nicht nur Beschränkungen, sondern verfügt über ein völlig neues strategisches Entwicklungselement. Sofern verhindert werden kann, dass die brachliegenden Gebäude und Flächen komplett verkommen, stellen sie eine wichtige und neue Ressource für die städtische Entwicklung dar (Becker 2007: 243f.; vgl. auch Christiaanse et al. 2007; Siebel 2002):

„Neue Akteure mit Unternehmenslust und Engagement, sogenannte Raumpioniere, tauchen vielerorts auf. Insbesondere werden aber Zwischennutzungen gesucht, bei denen aus den Pionieren auch 'Siedler', das heißt stadtdäquate Dauernutzer werden können“ (Becker 2007.: 244).

Die neuen Nutzungskonzepte können also entweder von vorneherein zeitlich begrenzt sein oder sie werden so eingerichtet, dass das Experiment bei Erfolg fest etabliert wird (ebd.: 244).

Die Umnutzung von Flächen – auch wenn sie zeitlich begrenzt ist – birgt großes städtebauliches Potenzial. Ein gutes Beispiel ist das nt/Areal in Basel – das jetzige Erlentattquartier (vgl. Cabane 2002). Die Zwischennutzung einer brachliegenden Fläche entwickelte nachhaltige städtebauliche Impulse und konnte dabei helfen, Flächen auch ‚im Kopf‘ neu zu besetzen. In Basel verwandelte sich beispielsweise der alte Güterumschlagplatz in ein städtisches Areal – bevor die Umsetzung der formellen Planung begonnen wurde (Cabane 2005: 15). Dass ein solches Vorgehen gerade auch in schrumpfenden Städten besonders wertvoll ist, zeigt die „Vermittlungsagentur Brache“ in Leipzig.²¹ Die offensive Nutzung von

²⁰ Eine bundesweite Übersicht über bislang durchgeführte Projekte findet sich beim BMVBS (2008).

²¹ „Bis Sommer 2005 konnten 90 Gestattungsvereinbarungen für 150 innerstädtische Grundstücke abgeschlossen werden“ (Becker 2007: 245). Ein ähnliches Projekt – „Tausche Fläche gegen Nutzungsidee“ – findet sich zum Beispiel auch in Berlin-Marzahn-Hellersdorf (ebd.: 2007: 245).

Gestattungsvereinbarungen gibt den „Raumpionieren“ die Gelegenheit, Flächen für fünf bis fünfzehn Jahre zu nutzen und ihre Projekte zu entwickeln. Die Eigentümer profitieren gleichzeitig dadurch, dass die Grundstücke bei Erfolg aufgewertet und zudem Grundsteuern gespart werden (Becker 2007: 245). Das aus einer privaten Initiative hervorgegangene Projekt der „Wächterhäuser“ gibt Vereinen und Gruppen Raum für ihre Aktivitäten; im Gegenzug profitieren die Eigentümer der ‚gefährdeten‘ Gründerzeithäuser von der bestandserhaltenden Wirkung der bloßen Nutzung (Kunz 2007: 153; zur Nedden 2008: 43; ausführlich: Tröger/Heck 2007). Dass das Konzept Zwischennutzung mittlerweile auch „den Beigeschmack von Provisorium und Subkultur“ verliert (Becker 2007: 244), zeigt die Bewerbung Essens als Kulturhauptstadt 2010: Die ‚Stadt der Pioniere‘ ist eines der Leitkonzepte, das „Land For Free“-Projekt soll die Gelegenheit zur individuellen Flächenaneignung und Verwirklichung geben. Trotz aller positiven Anzeichen dürfen die mit Zwischennutzung verbundenen Probleme nicht verschwiegen werden. Dies sind vorrangig das Verhältnis von ehrenamtlicher Tätigkeit und öffentlicher Unterstützung, die Sicherung der langfristigen Finanzierung der Pflege- und Bewirtschaftungskosten der öffentlichen Flächen sowie das Problem, tatsächlich Nutzer für immer mehr Freiflächen zu finden (ebd.: 244-246).

Die veränderte städtebauliche Situation in schrumpfenden Städten beinhaltet weiter die Chance, wieder mehr ‚Grün‘ in die Stadt zu bringen, Möglichkeiten für gärtnerisches Handeln sowie Freiräume anzubieten und die allgemeine Wohnqualität zu verbessern. So plant die Stadt Dessau im Rahmen der IBA-Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 eine Verdopplung der städtischen Grünflächen (Nagel 2007: 230). Für den Leipziger Osten existiert der ambitionierte Entwicklungsplan „RietzschkeBand“, der die besondere städtebauliche Situation in einer schrumpfenden Stadt für einen visionären strukturellen Wandel des Stadtteils nutzt (Giske 2007: 210).

Der Stadtumbau aufgrund von Schrumpfung birgt folglich eine Vielzahl an Möglichkeiten und kann wichtige Impulse in Gang setzen. Eine wichtige Bedingung eines wirklich gelingenden Stadtumbaus ist allerdings das Ende der ‚Wertefiktion‘. Viele der Eigentümer überschätzen den Wert ihrer Grundstücke und Gebäude. Statt diese (irgend)einer Nutzung zuzuführen, ‚horten‘ sie ihre Bestände. Manche von ihnen hoffen auf vermeintlich realisierbare Gewinne, andere benötigen die hohen ‚fiktiven‘ Werte in den Bilanzen, um weiterhin als kreditwürdig zu

erscheinen. Gemein ist beiden Typen die Weigerung, die Wirklichkeit der Schrumpfung zu akzeptieren (Giseke/Spiegel 2007b: 261; vgl. Bernt 2005: 594-596; Lau 2004: 98).

Gerade für junge Menschen eröffnen sich in schrumpfenden Städten neue Optionen: Die Gelegenheit ist günstig, auch als noch junger Mensch eigene Ideen und Konzepte in die Praxis umzusetzen. Denn in einer schrumpfenden Stadt besteht „mehr Raum für solche Nutzungen, die [sich] in Städten unter Wachstumsdruck aufgrund ihrer zu geringen Renditeerwartung“ nicht durchsetzen können und untergehen (Siedentop 2004: 258). Damit sind urbane Qualitäten möglich, die in wachsenden Städten nicht zustande kommen könnten (Karsten 2006). Die Zwischennutzungsprojekte ermöglichen es sowohl Einheimischen als auch Auswärtigen, an für die Umsetzung von Ideen erforderliche Flächen zu gelangen und Erfahrungen zu sammeln. Nicht zuletzt bedeutet ein experimentierfreudiges Umfeld die Gelegenheit ‚seiner‘ Stadt, in der man aufwuchs, mit eigenen Ideen zu prägen und zu gestalten, ihr einen Stempel mit aufzudrücken und Entwicklungen in Gang zu bringen. Dies alles kann die ‚Verwurzelung‘ von jungen Menschen fördern, so dass diese von einem Wegzug eher Abstand nehmen und sich für ein Engagement in ‚ihrer‘ Stadt entscheiden.

Zudem bedeutet Schrumpfung, dass die Dichte der Stadt abnimmt. Als Folge steht oft mehr Raum zur Verfügung, der zwischen bewohnten Gebieten und Treffpunkten für Kinder und Jugendliche liegen und gleichsam als Puffer fungieren kann. Mögliche oder bestehende Konflikte zwischen ‚lauten‘ jungen Menschen und nach Ruhe strebenden (älteren) Anwohnern können dadurch entschärft werden (Nagel 2007: 228). Da der gesamte Stadtraum immer auch potenzieller Aktionsraum für Kinder ist (Blinkert 1993: 10; Reuter/Schrapper 2004: 64), vergrößert sich dieser in der schrumpfenden Stadt.²² Es ist ein großer Vorteil, mehr Raum für Spiel, Sport und Bewegung anbieten zu können (vgl. Burckhardt 2004; Eichstädt-Bohlig 2006: 198). Eine gute Aktionsraumqualität hat einen starken Einfluss auf den Alltag junger Menschen und wirkt sich insgesamt positiv auf de-

²² Ein Aktionsraum zeichnet sich durch vier Kriterien aus: Zugänglichkeit, Erreichbarkeit, relative (!) Gefahrlosigkeit und die Möglichkeit andere junge Menschen zu treffen. Während das Ausmaß des letzten Kriteriums sich in einer schrumpfenden und alternden Stadt natürlich verschlechtert, ist für die ersten drei Kriterien tendenziell ein Zuwachs zu verzeichnen. Gerade Blinkert selbst hebt, wenn er die Unterschiede in der Kindheit heute und früher thematisiert, beispielsweise regelmäßig die früher noch existierenden Baulücken hervor (vgl. Blinkert 2003: 4f.).

ren Entwicklung und Aufwachsen aus – insbesondere auch bei Kindern aus sozial benachteiligten oder beeinträchtigten Haushalten (Blinkert 1993: 25-27, 147-149, 179-186; Reuter/Schrapper 2004: 65, 73f.). Dieser positive Effekt schrumpfender Städte lässt sich mit einfachen Mitteln noch verstärken. Als Beispiel dient die Beobachtung einer einfachen, aber gleichfalls besonders wirksamen Umnutzung und auch Umdeutung im Freiburger Stadtteil Rieselfeld.²³ Auf einer zentral im Stadtteil gelegenen ungenutzten Freifläche wurden zwei große Fußballtore aufgestellt. Diese einfache Maßnahme hatte zwei Effekte: Die brachliegende Fläche wurde einer Nutzung zugeführt und damit als Ort ‚umgedeutet‘. Wenngleich sie von außen weiterhin wie eine Brache aussah und das Gras darunterliegenden Schotter, Kies und Erde nicht wirklich verdecken konnte, vermittelten die beiden aufgestellten Tore das Bild eines für alle vorhandenen Fußballplatzes. Zugleich wurde die Situation der ansässigen Kinder und Jugendlichen verbessert, da sie nun über einen zusätzlichen Bolzplatz verfügen. Zudem weist Blinkert (1993: 101, 105, 216-219) darauf hin, dass sich Spielplätze gerade durch ihre Ausstattung mit funktional unbestimmten Dingen auszeichnen sollten und plädiert daher für einen Rückbau der Spielplätze.²⁴ In einer schrumpfenden Stadt lässt sich diese ‚neue‘ Art von Spielplatz – die an Brachen erinnert – gut einrichten, beispielsweise indem Baulücken zu einem solchen Spielplatz umfunktioniert werden. Dabei werden die städtischen Kassen nur wenig belastet, denn es muss weder viel Geld in teure und die Kreativität einschränkende Spielzeuggeräte noch in regelmäßige gärtnerische Pflege investiert werden. Aufgrund der geringeren Dichte sowie der gesunkenen Verkehrsintensität lassen sich zudem durch eine Umgestaltung von Wohnstraßen in Wohn-Spiel-Straßen sowie der Einrichtung von Straßenspielbe-

²³ Der Freiburger Stadtteil Rieselfeld stellt – als in den 1990er Jahren auf der grünen Wiese neugeschaffener Stadtteil für etwas mehr als 10.000 Einwohner – zwar beinahe das Gegenteil einer schrumpfenden Stadt dar (vgl. zu Freiburg-Rieselfeld Humpert 1997 oder kurz Schelkes 2001). Die Beobachtung lässt sich meines Erachtens dennoch allgemein übertragen, da sie eine Möglichkeit aufzeigt, wie mit einer – gerne auch temporär – nicht genutzten Fläche umgegangen werden kann.

²⁴ „[A]bolish all these expensive but useless devices, deconstruct these places and establish an entirely new type of place – a place that does not look like a playground but rather like an empty site which is somewhat neglected and a little bit unkempt. [...] Then an excavator – under the supervision of four or five children – should shape an interesting surface – a ground with little hills and dips which can collect rain water and change to mud. The vegetation should not be too complex; in no case should the plants be valuable or worthy of protection, but rather willow bushes, blackberries, or bushes of elder or raspberries. If possible, such a place should have a supply point for water. It is also necessary to equip such places with materials which would be useful for construction, such as stones, bricks, boards and beams of different sizes. A special attraction would be the wreck of a motorcar in such a place“ (Blinkert 2004: 106, 110).

reichen weitere Aktionsraumpotenziale aktivieren (vgl. Blinkert 1993: 197-200, 218).

4.2. Bereich Soziales und Soziokulturelles

Von Schrumpfung betroffene Städte wissen um ‚den Wert‘ von Kindern oder Nachwuchs planenden jungen Paaren und werden versuchen, für diese attraktiv zu sein. Solange sich dies nicht zu einem insgesamt negativen Kampf um eben diese Personen entwickelt (siehe 4.3. und 4.7.), sind damit Vorteile für junge Menschen verbunden. Kinder-, jugend- und elternfreundliche Maßnahmen gewinnen an Wert. Es ist davon auszugehen, dass – insofern die städtischen Einnahmen dies erlauben – beispielsweise Betreuungsangebote, am besten mit zeitflexiblen Angebotsformen, ausgebaut werden (vgl. Deutscher Städtetag 2006: 12). Derartige Betreuungs- und Bildungsangebote würden gleichzeitig die Situation von Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Deren Integration ist in Deutschland mangelhaft. Indikatoren dafür sind im Vergleich der niedrigere Bildungserfolg, die höhere Arbeitslosigkeit und der höhere Sozialhilfebezug von Ausländern (Mäding 2006: 37). Ein gutes Konzept nach französischem Vorbild zur Aktivierung von Chancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund ist eine verpflichtende, ganztägige Vorschule, mit besonderem Schwerpunkt auf Verbesserung der Kommunikations- und Sprachfähigkeit der Kinder (ARL 2006a: 9). Auch die Ganztagsbetreuung für Schulkinder ist hier hilfreich (Deutscher Städtetag 2006: 14).

Ein interessantes Konzept, dass die städtischen Brachen kreativ aneignet und für Integrationsprojekte nutzt, sind die „Interkulturellen Gärten“.²⁵ Dabei begärtnern Migranten – vielfach Asylanten und Flüchtlinge – gemeinsam mit Deutschen zuvor ungenutzte Flächen, die damit einer Nutzung zugeführt werden. Neben dem interkulturellen Dialog zwischen den ‚Gärtnern‘ wird die Integration durch Förderangebote wie Sprachkurse und berufliche Qualifikationsmöglichkeiten unterstützt (Becker 2007: 246; vgl. Müller 2007; Werner 2008). Eine wichtige Rolle kommt weiter der Sprach- und Erwachsenenbildung der ‚erwachsenen‘ Migranten zu, besonders den Frauen, um diese weiter zu qualifizieren (Deutscher Städtetag 2006: 14; vgl. Denkler 2009). Denn eine gelingende Integration junger

²⁵ „Im Frühjahr 2007 bestanden bundesweit bereits 49 Gärten, weitere 50 befanden sich im Aufbau“ (Becker 2007: 246).

Migranten muss – wenn möglich – bereits bei der vorhergehenden Generation ansetzen. Bildungs- und Förderprogramme für die Eltern junger Migranten helfen ihnen beispielsweise, „ihre Kinder zu Hause besser unterstützen zu können“ (Tatje 2008: 120).²⁶

Im Zuge des Wandels von der Industrie- zur Wissensgesellschaft und der sich weiter ausbreitenden Globalisierung werden die unmittelbar örtlich vorhandenen physischen Ressourcen weniger wichtig, so dass die „regionale Kultur“ an Bedeutung gewinnt. Mit diesem Begriff soll das Geflecht aus „normative[n] Orientierungen, Verhaltensweisen, Umgangsformen, Qualifikationen“ sowie die Art der wirtschaftlichen Vernetzung bezeichnet werden (Hannemann 2004: 218). Als ‚alternativer‘ Ansatz um mit Schrumpfung umzugehen rücken folgende Überlegungen die endogenen, dem Sozialen potenziell innewohnenden, lokalen Ressourcen in den Vordergrund.²⁷ Materielle Faktoren oder eine exogene Bestimmung von Standort- bzw. Wachstumsfaktoren, die das Ansiedeln von ‚fremden‘ Betrieben begünstigen sollen um das städtische Wachstum zu stimulieren, werden hingegen weniger stark berücksichtigt (ebd.: 218-223, 320; vgl. Läßle 2006: 21; vgl. Schubert/Altrock 2004: 355f.). Während diese Idee bei größeren Einheiten mit Abstrichen allein auf Quartiersebene umgesetzt werden kann, bieten gerade kleinere Städte mit ihren eigenen Strukturen ein nahezu perfektes Anwendungsbeispiel für die positiven – oder auch negativen – Auswirkungen einer lokal-regionalen Kultur. Die bestimmenden Variablen sind dabei „Vereine und andere Vereinigungsformen“, die informellen Netzwerke, „sachorientierte Machtbindung“ sowie nicht zuletzt die „Identifikation mit der eigenen Stadt“. Im besten Fall lässt sich das soziokulturelle Potenzial einer Kleinstadt aktivieren, das endogene Potenziale eröffnen kann. Im Wesentlichen besteht dies darin, dass die kleinstädtische Kultur fähig ist, eben jene Ressourcen beizubehalten und zu erzeugen, die im Zuge der Modernisierung mehr und mehr unter Druck geraten (sind), und damit die Integration ihrer Bewohner zu sichern. Aufgrund der spezifischen Charakteristika messen viele Menschen dem kleinstädtischen Leben eine höhere Le-

²⁶ In Bielefeld existieren dazu beispielsweise „die Projekte ‚Nati per leggere – geboren zum Lesen‘ und ‚TextChecker‘, die die Prävention von Analphabetismus zum Ziel haben“ (Tatje 2008: 120).

²⁷ Der Ansatz ähnelt so den Sozialkapitalkonzepten von Bourdieu (1983) und Coleman (1988), die einen geeigneten Rahmen bieten, um die in einer Stadt vorhandenen gemeinschaftlichen Qualitäten und soziokulturellen Ressourcen nutzbar zu machen. Vgl. zum Erfolg von Sozialkapital etwas skeptischer Preisendörfer (2007).

bensqualität als anderen Siedlungsformen bei. Ausschlaggebend ist nun, dass diese „sozial integrativen Dimensionen mit den marktorientierten Handlungsmotiven lokaler Akteure verknüpft“ werden können. Gelingt dies, so eröffnen sich positive Zukunftsperspektiven, die gerade einen Großteil der Jugend von einer – dauerhaften – ökonomisch motivierten Migration abhalten und so zu einer langfristig positiven Entwicklung führen können (Hannemann 2004: 316-327; vgl. auch Hannemann 2002, 2005).

Für eine positive zukünftige Entwicklung in schrumpfenden Städten ist zivilgesellschaftliches Engagement essenziell (vgl. 4.7. sowie auch 4.1.). Ohne dieses können externe Förderprogramme keine nachhaltige Entwicklung ermöglichen.²⁸ Die Bürger sind vermehrt gefordert, Initiative und Verantwortungsbereitschaft zu zeigen und erhalten im Gegenzug mehr Autonomie. Es sind die weichen Faktoren, welche große Chancen für eine Stabilisierung der Situation bieten: Selbstverwaltete Nachbarschaftstreffs steigern die Chance der Netzwerkbildung der Quartiersbewohner und deren Interessenartikulation bei Umbauprozessen, was eine nachhaltige positive Entwicklung begünstigt. (Piniek/Prey 2005: 158f.).

Stabilisierend wirkt weiter, dass junge Menschen in der Regel in die (Groß-)Städte ziehen, um ihre Ausbildung zu absolvieren (Häußermann/Siebel 2000: 81). Wenngleich die Mietpreise, wie oben dargestellt, in schrumpfenden Städten allgemein eher niedrig sind, bietet die veränderte Altersstruktur ihnen zusätzliche Chancen, um Zugang zu günstigem Wohnraum zu erhalten: Der Anteil an – teilweise hilfsbedürftigen – Alten in den Städten nimmt zu, was zu neuen Wohnformen anregt. Wie bereits in verschiedenen Städten ausprobiert, ist Mehrgenerationenwohnen vielleicht ein gutes Konzept. Junge Menschen sparen Geld, da sie mietfrei wohnen, müssen dafür jedoch im Haushalt helfen, was die älteren Menschen entlastet. Gleichzeitig wird der Kontakt zwischen den Generationen gefördert, was Lerneffekte auf beiden Seiten auslösen kann. Es ist jedoch auch eine andere Variante des kooperativen Mehrgenerationenwohnens in einem Gebäude denkbar. Gerade junge Alleinerziehende können von der gegenseitigen Hilfestellung von Jung und Alt profitieren (vgl. Deutscher Städtetag 2006: 26, 29).

²⁸ „Deutlich wird, dass nicht die Beseitigung der Symptome Leerstand, Vandalismus, Segregation und Arbeitslosigkeit der Fokus sein kann, sondern die Arbeit an der mentalen Verfasstheit der Stadt und an Impulsen zur Aktivierung der Selbstheilungskräfte“ (Beeck 2004: 227).

Positiv und Chancen offenhaltend ist weiterhin der Umstand, dass bislang Probleme existieren, ein Bild der schrumpfenden Stadt medial zu vermitteln. Denn trotz aller Statistiken und Berichte ist es erst die mediale Verbreitung, welche die Schrumpfungproblematik zu einem gesellschaftlich wahrgenommenen Problem macht. Zu einer guten Vermittlung in Fernsehen oder Bildmedien würde man jedoch verfallene Ruinen und ausgebrannte Autowracks in Geisterstädten erwarten. Doch das reale Bild der schrumpfenden Stadt ist anders, ist unsichtbarer. In diesem Mangel an dramatischen Bildern liegt eine große Chance, denn es unterbindet eine Dramatisierung in den Medien. Dadurch ist es noch möglich, eine andere Perspektive zu besetzen. Eben weil die Fernsehgewohnheiten andere Bilder erwarten lassen, können die besonderen Qualitäten von schrumpfenden Städten noch medial vermittelt werden (Robischon 2003: 233-235; vgl. Bartels 2004: 267). Ein Beispiel könnte eine bildvermittelte Dokumentation über die Erfolge in Greifswald oder Leinefelde sein (vgl. bspw. Grünzig 2007, 2009; Kil 2008); ein weiteres positives Beispiel ist Apolda, wo es gelang, sich als Designstadt quasi ‚neu zu erfinden‘ (Schmidt/Große Starman 2006: 16).

4.3. Bereich Ökologie

Die unter 4.1. beschriebenen Potenziale werden sich auch bei allem Bemühen nicht auf alle städtischen Brachen anwenden lassen. Dazu erscheint die Gesamtnachfrage zu gering. Zudem erzeugt auch die – scheinbar – einfache Umwandlung in eine Grünfläche Folgekosten, die gerade schrumpfende Städte mit ihrer prekären Haushaltslage vor Probleme stellen (Siedentop 2004: 257). Daher bietet sich eine Strategie des „Liegen lassens“ an (Ganser 2002): Brachflächen der natürlichen Sukzession zu überlassen spart Kosten und aktiviert ökologische Potenziale. Biotope können entstehen oder erhalten werden (Siedentop 2004: 257f.).²⁹ Ein Vorteil sowohl der geplanten Freiflächen als auch der ‚liegengelassenen‘ Flächen ist zudem, dass sie die Situation hinsichtlich der Grundwasserneubildung verbessern (Umweltbundesamt 2007: 81). Giseke (2007: 201f.; Zitate: S. 201) spricht „vor allem [dem] Wald ein hohes Potential [zu, um] die Löcher der perforierten Stadt zu füllen“. Er ist in seiner Nutzung und Größe flexibel und bie-

²⁹ Zudem können denkmalgeschützte Gebäude erhalten bleiben. Allgemein merkt Nagel (2007: 229) jedoch an, dass eine natürliche Sukzession freigewordener Flächen nur einen begrenzten ökologischen Gewinn zur Folge habe und eher „eine ästhetische Vorstellung von ‚Wilderness‘“ dahinter stehe.

tet den großen Vorteil, dass eine Umwandlung in Wald keiner Bodenneuordnung bedarf: Denn „jede dauerhaft mit Waldpflanzen bestockte Fläche“ gilt als Wald, so dass, auf die zugrunde liegende Fläche bezogen, keine Planungs- oder Eigentumsänderung notwendig ist. Zudem betragen die Unterhaltskosten nur ca. zehn Prozent im Vergleich zu herkömmlichen städtischen Grünflächen. Doch auch eine stärker ‚geplante‘ Renaturalisierung birgt großes städtebauliches und ökologisches Potenzial (vgl. BMVBS 2009). Im Leipziger Stadtteil Heiterblick wurde beispielsweise ein altes Militärareal in ein Reservat für Wildrinder und -pferde umgewandelt (Anonym 2008; Würker 2005). Der städtische Rückbau ermöglicht zudem die Renaturalisierung von bisher zugebauten Flusstälern (Großmann 2007: 230). Alle diese Maßnahmen erweitern die Stadt um neue – verschiedentlich nutzbare – Erlebnisräume (Siedentop 2004: 257f.). Für junge Menschen bedeuten diese eine Zunahme ihrer Aktionsraumpotenziale (vgl. 4.1.), deren Ausmaß jedoch von der jeweils konkreten Gestaltung der Umwandlung abhängt. Entscheidend ist aber, dass sie die Gelegenheit erhalten, in der Stadt vermehrt Naturerfahrungen zu sammeln, was mit positiven Folgen für ihr Aufwachsen verbunden ist (vgl. Gebhard 2001).

Weiter ermöglichen schrumpfende Städte die Reduzierung des allgemeinen Flächenverbrauchs, was mit einigen gravierenden Vorteilen behaftet ist. ‚Boden‘ ist nicht beliebig regenerierbar und verdient daher besonderen Schutz, denn Flächenverbrauch bzw. -nutzung ist teilweise mit irreversiblen, ökologischen Schäden sowie der Beeinträchtigung anderer Nutzungen belastet.³⁰ Zudem bringen ein hoher Flächenverbrauch und Zersiedelung einige Kosten mit sich. Die konzentriert wohnende Bevölkerung subventioniert die dispers siedelnden Einwohner. Eine kompakte Bauweise verbraucht zum Teil nur ein Drittel der Infrastrukturkosten einer großflächigen Siedlungsentwicklung. Der Zuwachs an individuellem Wohnraumbedarf kann in schrumpfenden Städten aufgefangen werden, ohne dass zusätzlicher Raum erschlossen werden müsste. Die zunehmende Polarisierung der Städte birgt dabei jedoch die Gefahr, die kostenträchtige Zersiedelung auszuwei-

³⁰ Ökologische Schäden sind beispielsweise „Störungen des Bodenwasserhaushalts, Zerschneidung und Fragmentierung der Landschaft mit dem Verlust von Lebensräumen und Artenvielfalt, Reduzierung des Retentionsvermögens (Kapazitäten der Regulation des Wasserhaushalts) von Böden und damit Zunahme an oberflächlichem Abfluss mit potenzieller Zunahme von Hochwasserereignissen [... sowie der] Verlust an besonders fruchtbaren und seltenen Böden, die Archive der Natur- und Kulturgeschichte darstellen (Dahlbender 2006: 176)“.

ten (Dahlbender 2006: 175-178; vgl. Sarcinelli/Stopper 2006: 7f.; Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 216).³¹ Dennoch bietet sich in einigen Regionen die Gelegenheit, den Flächenneuverbrauch zu unterbinden (Umweltbundesamt 2007: 83).

4.4. Bereich Infrastruktur

4.4.1. Bildung

Der Bildung kommt nicht nur eine Schlüsselposition für die persönliche Entfaltung und Entwicklung zu, sondern sie stellt darüber hinaus eine Grundbedingung der gesellschaftlichen Inklusion dar. Zugangschancen und gesellschaftliche Positionen werden stark durch Bildung geprägt.

„Wer heute als Jugendlicher keinen Zugang zum Arbeitsmarkt gewinnt, wird als 35jähriger für die dann angebotenen Arbeitsplätze schon gar nicht mehr in Frage kommen“ (Häußermann/Siebel 2000: 80).

Die Folgen einer diskriminierenden Bildungsbeteiligung sind damit langfristig. Die Gefahr der Schrumpfung ist, dass die Bildungschancen innerhalb der nachfolgenden Generationen aufgrund der zunehmenden Polarisierung im Städte-system und regionalspezifischer Unterschiede für Teile prekär werden und neben einer sozialen eine regionale Diskriminierung deutlicher in Erscheinung tritt (Heimbach-Steins 2008: 241f., 252; Läpple 2006). Die Gesellschaft kann kein Interesse daran haben, dass ein Teil von ihr bereits in jungen Jahren langfristig von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt und dauerhaft auf den Sozialstaat angewiesen ist (vgl. Häußermann/Siebel 2000: 80). Das ansässige Humankapital sowie die Attraktivität einer Stadt für möglicherweise hinzuziehendes Humankapital werden bei der zunehmenden Konkurrenz der Städte zu immer bedeutenderen Standortfaktoren (Ipsen 2006: 105). Es gibt immer weniger Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen. Die Qualifikation der jungen Menschen, gerade auch derer mit Migrationshintergrund, sollte deshalb stark gefördert werden.³² Neben Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen umfasst dies auch den zweiten Arbeitsmarkt, Alternativbetriebe und informelle Arbeit (Häußermann/Siebel 2000: 82; Deutscher Städtetag 2006: 16). Kindertagesstätten sollten zu *Kinderbildungsstätten* werden (Eichstädt-Bohlig 2006: 198). Der Bildungsbereich ist damit

³¹ Bereits seit den 1990er Jahren hat die Abkopplung des Flächenverbrauchs von der demografischen Entwicklung zugenommen (Siedentop 2004: 255).

³² Rund „20 % aller Jugendlichen mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne Abschluss und tragen ein 80 %iges Arbeitslosigkeitsrisiko“ (Deutscher Städtetag 2006: 16).

eines der Felder, in dem umfassende Chancen und Möglichkeiten für junge Menschen aktiviert werden können. Zumindest lässt sich insbesondere durch Reformen im Schulwesen auf nahezu alle jungen Menschen geradezu unmittelbar Einfluss nehmen. Allgemein sollten sich die Schulen mehr der Gesellschaft öffnen. Gerade die Ganztagschulen bieten dazu reichlich Potenzial. Sie könnten die Funktion von Nachbarschaftszentren übernehmen, insofern Eltern und Stadtteilakteure miteinbezogen werden. Die ganztägige Öffnung der Schulhöfe erhöht zusätzlich die Aktionsraumqualität für junge Menschen (vgl. 4.1.) (Eichstädt-Bohlig 2006: 198; Blinkert 2003: 6).

Die Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland bedeutet, dass die Zahl der Schüler im Zeitraum zwischen 2005 und 2020 um 17 % zurückgehen wird, oder anders: die Schulen werden im bundesdeutschen Schnitt mit dem Wegfall von zwei Millionen Schülern ‚entlastet‘. Die dadurch entfallenden Kosten können für Reformen im Bildungsbereich verwendet werden (Robert Bosch Stiftung GmbH 2006: 8f., 69-73; vgl. Tatje 2008: 122). Diese sollen dann nicht nur den Wert des Humankapitals sichern – dessen Bedeutung für das Wohlergehen einer Volkswirtschaft gerade auch im Zuge der Diskussion um den demografischen Wandel stets betont wird (vgl. bspw. Kaufmann 2005: 73-77, 179-182) –, sondern auch durch verbesserte Bildung die konkreten Lebenschancen und Handlungsmöglichkeiten der Jugendlichen erweitern. Die Durchführung einer gesellschaftlich akzeptierten Reform bietet oft die Möglichkeit, auch andere Reformen mitzuimplementieren. In diesem Sinne liegen in dem durch den demografischen Wandel verursachten Bevölkerungsrückgang große Potenziale und Möglichkeiten für die junge Generation. Die positiven Erfahrungen der polnischen Schulreform von 1999 geben dafür ein gutes Beispiel – neben anderen Erfolgen gelang den polnischen Schülern eine Verbesserung im PISA-Test (Kopycka 2008: 114-118, 123f.).³³

Neben den dem Schülerrückgang inhärenten Chancen bleibt dennoch das Problem, dass das bestehende Schulangebot auf die sinkende Zahl von Nutzern angepasst werden muss. Wichtig ist dabei, dass die Maßnahmen auf einer schulträgerübergreifenden Basis getroffen werden. Sinnvoll erscheint eine Konzentra-

³³ Das eigentliche Ziel der Reform war allerdings ‚nur‘ eine Verbesserung der Bildungsqualität. Der weitere positive Effekt der Reform auf die Folgen des demografischen Wandels war somit eher unintendiert (Kopycka 2008: 120).

tion auf gut zu erreichende und nachhaltig zu sichernde Standorte und gleichzeitig eine flächendeckende Einführung der Ganztagschule, was die teilweise längeren Pendelzeiten zumutbarer werden ließe. Dabei muss darauf geachtet werden, dass der Schulbetrieb nicht an zu vielen Orten eingeschränkt wird, da er großen Einfluss auf die Attraktivität einer Kommune hat. Zusätzlich sind dennoch innovative Lösungen notwendig, beispielsweise Fernlernen, Kleinschulen mit jahrgangsübergreifenden Lerngruppen oder ‚Standort-Sharing‘ (ARL 2006a: 8f.; Schubarth/Speck 2008: 124).

4.4.2. Verkehr

Gerade junge Menschen ohne Führerschein sind für ihre persönliche Mobilität auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen. Genau diesen stellt die mit Schrumpfung verbundene nachlassende Nachfrage jedoch vor einige Herausforderungen.³⁴ Anstatt das Mobilitätsnetz weiter auszubauen – also zu wachsen – gilt auch hier das Leitbild der Verbesserung und Fokussierung auf den Bestand. Die sinkenden Einnahmen müssen auf wichtige Schlüsselprojekte konzentriert werden. Dabei muss besonders beachtet werden, dass eine Reduktion des ÖPNV-Angebots im schlechten Fall dazu beiträgt, die Attraktivität des Individualverkehrs zu erhöhen. Die Städte in schrumpfenden Regionen dürfen keinesfalls von den Wachstumsgebieten abgeschnitten werden, da dies weiter zu einer ‚Peripherisierung‘ beiträgt. Auch im Bereich Verkehr können Kooperation und Zusammenschlüsse regionaler Verkehrsbetriebe vorteilhafte Synergieeffekte bewirken (ARL 2006a: 9f.). Das Angebot muss sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und vermehrt von den Nutzern getragen werden. Schwach genutzte Verbindungen sollten flexibilisiert werden; dazu bieten sich Kleinfahrzeuge, -busse, Taxis und nur auf Abruf angebotene Verbindungen an. Die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur ist allgemein von einer Objekt- auf eine Subjektförderung umzustellen. Mobilitätsbeihilfen und Taxigutscheine sichern auch sozial Schwachen Personen ihre individuelle Mobilität (Canzler/Knie 2007: 13f.). Stadtschrumpfung bedeutet weiterhin auch, dass weniger Autos auf den Straßen unterwegs sind, so

³⁴ So sank beispielsweise die Zahl der im öffentlichen Straßenpersonenverkehr beförderten Personen „im Osten (einschließlich Berlin) von 1993 bis 2003 um mehr als 13 Prozent [...]. Bis 2030 werden die Verkehrsleistungen weiter zurückgehen und zwischen 20 Prozent (Brandenburg) und 34 Prozent (Sachsen-Anhalt) gegenüber dem Basisjahr 2002 absinken“ (Canzler/Knie 2007: 9).

dass sich Stauproblematiken beziehungsweise der Verkehr insgesamt entspannen können (Lang/Tenz 2003: 117).

4.5. Bereich Demografie

Mit dem demografischen Wandel eng verbunden ist die anwachsende Internationalisierung der Bewohner. Derzeit besitzt circa ein Fünftel der in Deutschland lebenden Personen einen Migrationshintergrund. Dies gilt speziell für die Städte: Bald hat dort die Hälfte der Jugendlichen einen Migrationshintergrund.³⁵ Wachstum oder auch nur Stabilisierung der städtischen Bevölkerung ist nur durch Abwanderung vom Land, aus anderen Städten oder durch Zuwanderung aus dem Ausland möglich (Häußermann/Siebel/Läpple 2008: 10-15; 182). Redet man also über Chancen junger Menschen in – nicht nur schrumpfenden – Städten, so spricht man immer auch über Chancen junger Menschen mit Migrationshintergrund. Die Frage nach Verbesserung der Integrationsbemühungen ist demnach von besonderer Dringlichkeit (siehe 4.2.). Wichtig ist auf jeden Fall eine intensive Sprachförderung (Ipsen 2006: 112). Die Herausforderung durch den demografischen Wandel kann dabei, wie auch für andere Themen, als wichtiger Impulsgeber für gesellschaftspolitische Veränderungen und Modernisierungen wirken (vgl. Sarcinelli/Stopper 2006: 5).

4.6. Bereich Wirtschaft

Stabilisierend wirkt, dass „keine Stadt nur aus schrumpfenden Bereichen besteht. Überall gibt es auch expandierende Betriebe“. Zudem sichern die sozialstaatlichen Transfers zumindest eine geringe, vom lokalen Arbeitsmarkt gelöste Grundkaufkraft. Darüber hinaus übernehmen Kernstädte wichtige zentrale Funktionen für ihre Region, die sie auch – trotz Schrumpfung – weiter übernehmen werden (Häußermann/Siebel 2000: 81). Da die Nachfrage in schrumpfenden Städten allgemein absinkt, sollten sich Unternehmen – insofern möglich – auf Produkte konzentrieren, die sich mindestens über die Grenzen der Region hinweg gut exportieren lassen. Durch die Konzentration auf den Fernabsatz verringert sich die Abhängigkeit von lokalen Märkten, was stabilisierend auf den Umsatz wirken kann (ARL 2006a: 7). Zudem können sich – zumindest theoretisch – die

³⁵ Während in den ostdeutschen Städten eher wenig Menschen mit Migrationshintergrund leben, trifft dies jedoch besonders stark für Städte in den alten Bundesländern zu (vgl. Häußermann/Siebel/Läpple 2008: 204).

günstigen Preise für Grundstücke und Gebäude positiv auf Unternehmensansiedlungen auswirken (Lang/Tanz 2003: 149f.). Die im Vergleich niedrigeren Investitionskosten können dabei gerade für junge Unternehmer, die über wenig Kapital verfügen, vorteilhaft sein.

Einen weiteren Ansatz bringen Häußermann und Siebel (2000: 82) ins Spiel: Gerade in der angespannten ökonomischen Situation sollten die privaten Haushalte wieder vermehrt als produktive Einheiten gestärkt werden. Der Leerstand böte hier die Gelegenheit privat oder gemeinschaftlich genutzte Werkstätten und Arbeitshöfe einzurichten, um Platz für produktive Arbeiten zu geben.

4.7. Bereich Politik

Um angemessen auf die Herausforderungen der Schrumpfung zu reagieren und Chancen für junge Menschen zu aktivieren, muss sich schließlich auch das politische Umfeld verändern. An Wachstum als Steuerungsziel kann nicht länger festgehalten, stattdessen muss Schrumpfung als Fakt anerkannt werden. Bislang ‚prämiert‘ die deutsche Finanzverfassung vor allem die (Steigerung der) Zahl der Einwohner. Zusätzlich misst ‚die Wählerschaft kommunalpolitischen Erfolg [vielerorts] an der örtlichen Einwohner- und damit Finanz- und Infrastrukturentwicklung‘. Eine auf Wachstum ausgerichtete Kommunalpolitik erscheint damit rational. Um den interkommunalen Wettbewerb um Einwohner zu mildern, müssen die Anreizsysteme neu gesetzt werden (Sarcinelli/Stopper 2006: 3, 8; Zitat: S. 8), denn

„[e]ine Kommunalpolitik, die in dieser Situation auch weiterhin auf quantitativen Bevölkerungszuwachs und interkommunale Konkurrenz setzt, begibt sich in einen ruinösen Wettbewerb, der anders als die Suburbanisierungsprozesse der jüngeren Vergangenheit nicht als Nullsummenspiel ablaufen, sondern mehr Verlierer als Gewinner hervorbringen wird (ebd.: 3)“.

Sarcinelli und Stopper (2006: 9) schlagen aus diesem Grund für die Bedarfszuweisungen an die Kommunen vor, dass diese stärker an von den Kommunen gemeinsam abgestimmte Lösungen gebunden sind. Die Herausforderungen der Schrumpfung erfordern ein „sektor- und politikfeldübergreifendes Denken“ und damit eine integrierte Planung (Sarcinelli/Stopper 2006: 3, 8; Lang/Tenz 2003: 161f.). Dabei müssen die eingesetzten Mittel gebündelt werden, um eine möglichst gute Wirkung entfalten zu können. Zudem verläuft Schrumpfung räumlich selektiv, es bestehen immer auch sich selbst tragende Gebiete. Entscheidend ist, dass in den Gebieten interveniert wird, die nachhaltig nutzbar erscheinen. Da-

bei darf es jedoch nicht zu eindeutigem ‚red-lining‘ kommen, da dadurch – aufgrund der negativen Signalwirkung – jegliche Zukunftschancen der Quartiere verbaut werden. Da der Schrumpfungsprozess dynamisch abläuft, ist ein – möglichst überkommunales – Monitoring-System erforderlich, um die Entwicklung als auch die Wirksamkeit der Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen. Zudem sollten die bestehenden Gebiets- und Verwaltungsstrukturen überdacht und gegebenenfalls zusammengefasst werden. Die Abschaffung von Subventionen wie der Eigenheimzulage oder der Kilometerpauschale wirkt der Zersiedelung entgegen und erschwert den interkommunalen Kampf um Einwohner durch Neulandausweisung (Siedentop 2004: 251, 255f., 259; vgl. Akbar 2004: 209; Riebsamen 2005).

Wenngleich Schrumpfung und Wachstum nebeneinander auftreten, lässt sich eine „Regionalisierung von Problemlagen“ beobachten (Mäding 2006: 40). Wie eingangs dargestellt sind neben den neuen Bundesländern in den alten Ländern vor allem die altindustrialisierten Regionen von Schrumpfung betroffen. Auch wenn sich der Stadtbau auf das ‚Innen‘ konzentrieren muss (ARL 2006a: 3), wird die neue Stadt polyzentral sein (Akbar 2004: 210).³⁶ Diese Entwicklung trägt der regionalräumlichen Entwicklung Rechnung, bei der sich ‚die Stadt‘ mit den Umlandgemeinden zu einer regionalen Agglomeration verbunden hat, während die politisch-administrativen Einheiten und damit auch die Planungseinheiten zumeist die alten geblieben sind (Kaltenbrunner 2005; vgl. ARL 2007: 1). Die Kommunen werden die Probleme nicht im Alleingang in den Griff bekommen, sondern sich um Kooperation und miteinander abgestimmtes Handeln bemühen müssen. Als Beispiele dafür können der „Masterplan Ruhr“³⁷ oder die Kooperation im zentralen Erzgebirge gelten (vgl. Pahl-Weber/Roskamm 2007: 101f.; Bose/Wirth 2006: 21-24; vgl. Städteregion Ruhr 2006). Insgesamt scheint es, dass die Kommunen vermehrt an Einfluss verlieren werden und ‚die Region‘ einen Bedeutungsgewinn erlebt und zur neuen Ebene der lokalen Selbstverwaltung wird (Göschel 2004a: 9).

„Zu lange haben sich Kern und Peripherie autonom voneinander entwickelt und sind zum Teil in Opposition zueinander geraten. Beide aber sind nicht autark und können nur überleben, wenn sie miteinander verknüpft werden.“ (Akbar 2004: 210).

³⁶ „Können denn nicht die jeweiligen Zentren oder Subzentren in ihrer Eigenart wahrgenommen, gefördert und damit zu lebenswerten Räumen ausgebaut werden“ (Akbar 2004: 210)?

³⁷ In dessen Rahmen kooperieren die Städte Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mühlheim an der Ruhr und Oberhausen miteinander.

Für die urbanen Modelle der Zukunft liegt deshalb „eine neue Rollenverteilung zwischen ‚Kernen‘ und ‚Umland‘“ nahe (ebd.: 210). Zusammenschlüsse von Kommunen und funktionale Arbeitsteilung erhöhen die jeweils verfügbaren Mittel und sichern einen effizienteren Umgang.³⁸ Speziell bei der Infrastruktur lassen sich große Vorteile generieren. Bei regionaler Kooperation ist jedoch allgemein darauf zu achten, potenziell äußerst konfliktrüchtige Bereiche zunächst außen vor zu lassen. Andernfalls kann die Auseinandersetzung um diese Themen die gesamte Zusammenarbeit lähmen. Die Kooperation sollte sich auf Kerninhalte beschränken und diese sukzessive in Angriff nehmen (Bose/Wirth 2006: 21f.).

Zuletzt hatte sich das Gleichgewicht zwischen den Kernstädten und ihren Umlandgemeinden vielerorts zu Gunsten der suburbanen Siedlungen verschoben. Den Kernstädten stand damit weniger Geld zur Verfügung, um die auch von den Bewohnern der Umlandgemeinden genutzte Infrastruktur zu erhalten. Eingemeindungen können diese Situation entschärfen, doch scheint kein Weg an einer Gemeindefinanzreform vorbei zu gehen. Das Bilden von Regionalkreisen, „in denen gemäß dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz die verflochtene Kernstadt mit den Umlandkommunen eine gebietskörperschaftliche Einheit bildet“, bietet sich als Möglichkeit an (ARL 2006a: 3-6; Zitat: S. 6; vgl. auch Eichstädt-Bohlig 2006: 186). Des Weiteren bedarf der Finanzausgleich zusätzlicher Reformen: die Transferzahlungen dürfen für Städte mit überdurchschnittlichem Bevölkerungsrückgang nur unterproportional gekürzt werden.³⁹ Zudem müssen zwei Aspekte bei der Mittelzuweisung eine größere Beachtung finden: Die tatsächliche Belastung, zum Beispiel durch Sozialkosten, sowie die Frage, ob Städte zentrale Funktionen für eine Region ausüben (ARL 2006a: 14; Deutscher Städtetag 2006: 17; vgl. ARL 2006b: 10-12).

Auf die regionale Ebene übertragen lässt sich das alte, längst von der Realität eingeholte, Leitbild von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse⁴⁰ als

³⁸ Kersting (2006: 38) unterscheidet zwischen zwei Formen von Zusammenschlüssen: „Da auf der kommunalen Ebene die lokale Identität von besonderer Bedeutung ist, bietet sich hier zunächst die interkommunale Kooperation als Zusammenarbeit an. Diese kann friedensstiftend zwischen den lokalen Einzelinteressen wirken und sich auf dieser Basis längerfristig zu einer höheren Form der Kooperation entwickeln. Auf der regionalen Ebene [...] sind Möglichkeiten der Gebietsreform wichtiger. Größere Regionalkreise führen kaum zu einem Identitätsverlust“.

³⁹ Diese Maßnahme könnte durch die spiegelbildliche unterproportionale Zulage für Städte mit überdurchschnittlicher Bevölkerungszunahme gegenfinanziert werden, was gleichzeitig weiter die Anreize für interkommunalen ‚Bevölkerungskämpfe‘ senkt.

⁴⁰ Vgl. Art. 72 Abs. 2 GG sowie Art. 106 GG

„Gleichheit“ unter den Bedingungen von Schrumpfung nicht länger aufrechterhalten. Es bedarf einer Modernisierung; in einigen Räumen wird nur ein Mindeststandard an staatlichen Leistungen gewährleistet werden können. Gleichzeitig sollte daraus jedoch auch ein Antrieb entstehen, den Kommunen mehr Freiraum zu lassen, um innovative und an die lokale Situation angepasste Lösungen zu ermöglichen (vgl. Groth/Helbrecht/Rommelspacher 2006; vgl. ARL 2006b).

Wirklich wirksam lässt sich den Herausforderungen der Schrumpfung und des demografischen Wandels nur dann begegnen, wenn alle lokalen Akteure über die zu erwartenden Zukunftsaussichten informiert sind und an einem Strang ziehen. Doch innerhalb einer Stadt existiert bei vielen Entscheidungen mit dem Ziel einer Chancenaktivierung ein Konfliktpotenzial zwischen den unterschiedlichen Akteuren. Wie bei vielen kollektiven Entscheidungen droht das sogenannte Trittbrettfahrerproblem insgesamt günstige Maßnahmen zu verhindern. Um eine faire Lastenverteilung zu ermöglichen, sind daher – neben Hilfen durch die öffentliche Hand – vor allem innerstädtische Kompromisse und Konsensfindung notwendig. Ein positives Beispiel ist der „Pakt der Vernunft“ in Leipzig, in dem die wichtigen Wohnungsunternehmen erklären, gemeinsam zu handeln und sich an den Umbaumaßnahmen kollektiv zu beteiligen (Siedentop 2004: 260; vgl. auch Deutscher Städtetag 2006: 23).⁴¹

Eine weitere wichtige Möglichkeit eine positive Entwicklung zu ermöglichen und bestenfalls alle in einer Stadt schlummernden Potenziale zu aktivieren, bietet nach Robischon und Liebmann (2003a) die Etablierung eines „städtische Kreativität“ ermöglichenden Umfelds städtischer Kooperation, in der sich die Verwaltung und Akteure aus dem privatwirtschaftlichen und dem zivilgesellschaftlichen Sektor miteinander vernetzen. Dies bedeutet, dass den lokalen Akteuren Freiräume zugestanden werden müssen, um durch Experimente und neue Formen städtischer Kooperation „städtische Kreativität“ entfalten zu können (Liebmann/Robischon 2003b).⁴² Das Ziel der Stadtentwicklung(spolitik) muss sich „von der physischen Infrastruktur zur Städte-Dynamik und zur Lebensqualität der Stadtbewohner“ verlagern (Keim 2003: 22), die neuen Strategien dazu

⁴¹ Auch hier bereitet die Eigentümerstruktur der kleinräumigen, innerstädtischen Altbauquartiere wieder Probleme, wenn ein alle Akteure umfassender Konsens gefunden werden soll (Siedentop 2004: 260).

⁴² Weiter Informationen zu diesem Ansatz sowie erfolgreiche Beispiele vor allem aus England finden sich in dem von Liebmann und Robischon (2003a) herausgegebenen Sammelband.

werden vermehrt Formen der ‚Local Governance‘ sein (Piniek/Prey 2005: 157). Der Vorteil eines solchen Governance-Ansatzes liegt darin, „dass auch bei Handlungsblockaden in der Kommunalpolitik regionale Ziele erreicht werden können“ (Bose/Wirth 2006: 22).

Die Herausforderung, Schrumpfung zu bewältigen, wird nur gelingen, wenn auch das lokal verstreute Wissen der Bürger in die Prozesse miteinfließen kann (vgl. Kil 2004: 113f.):

„Bürgerbeteiligung gewinnt [...] deshalb an Bedeutung, weil nur mit ihrer Unterstützung die durch Transformation und Schrumpfung verursachten Folgen bewältigt werden können“ (Lang/Tenz 2003: 168).

Es werden also kooperative Strukturen zu etablieren sein, die über die herkömmliche Beteiligung im Bauplanrecht hinausgehen, den Bürger miteinbeziehen und ihn im Sinne von ‚Empowerment‘ zu aktivieren. Bürgerschaftlichem Engagement, Selbstorganisation und Selbsthilfe auch in selbst verwalteten sozialen Einrichtungen kommen in schrumpfenden Städten ein wichtiger Stellenwert zu. Neben zusätzlichen Aufgaben sind damit für die Bürger gesteigerte Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verbunden; einer vermehrten Verantwortungsübernahme steht ein Gewinn an Autonomie gegenüber. Das lokale Wissen muss durch die vermehrte Einbeziehung der Bürger nutzbar gemacht werden. Schrumpfung und Stadtumbau bieten damit das Potenzial, die Bürger verstärkt auf die Gestaltung und Aufwertung ihres Nahumfelds Einfluss nehmen zu lassen. Als dafür geeignete Maßnahmen bieten sich zum Beispiel Bürgerforen, Planungszellen, Werkstattgespräche oder Zukunftswerkstätten an. Das bürgerschaftliche Engagement selbst kann gefördert werden, wenn den Bürgern tatsächlich Spielraum für Entscheidungen gelassen wird – was auch eigene Budgets miteinschließen kann – und lokal vorhandene Strukturen wie Vereine oder Stadtteiltreffs unterstützt werden (Sarcinelli/Stopper 2006: 8f.; Lang/Tenz 2003: 166-169; Piniek/Prey 2005; Hannemann 2005: 487; Nagel 2007: 231; vgl. Grymer 2003: 189-194; Scholz 2006; Barber 1984). Auch für junge Menschen besteht demnach die Chance, als Antwort auf die Herausforderungen in schrumpfenden Städten von einem Zuwachs an Einflussmöglichkeiten und kooperativen Politikformen zu profitieren. Freilich muss dabei gewährleistet sein, dass die Bedürfnisse junger Menschen nicht allein durch Bürgerbeteiligung implementiert werden. Der demografische Wandel bedeutet, dass sich der Anteil ‚der älteren‘ in Relation zu dem ‚der jüngeren‘ Gesellschaftsmitglieder erhöht. Es müssen daher gewisse institutionelle Si-

cherungen gewährleistet werden, beispielsweise dass die Quartiersmanager als Moderatoren wirken. Denn wie wird eine konfliktbehaftete Entscheidung über Themen, die junge Menschen betreffen, ausfallen, wenn nur noch in der Minderheit der Haushalte tatsächlich Kinder anzutreffen sind, und was ist diese Art von Bürgerpartizipation tatsächlich wert (vgl. Blinkert 2003: 4; vgl. Piniek/Prey 2005: 159; vgl. Hurrelmann 2001)?

5 Fazit

Die vorliegende Arbeit hatte das Ziel, Chancen und Möglichkeiten für junge Menschen in schrumpfenden Städten aufzuzeigen. Zum Abschluss sollen nun die wichtigsten Ergebnisse noch einmal knapp zusammengefasst werden.

Stadtschrumpfung ist ein vielschichtiger Prozess, der vor allem von demographischen und ökonomischen Faktoren dominiert wird. Der wirtschaftliche Strukturwandel – Schlagwörter: Deindustrialisierung und Tertiärisierung – stellt die Städte vor Anforderungen, die sie nicht alle in gleicher Form bewältigen können. Die Folgen von Suburbanisierung bekamen gerade die ostdeutschen Städte nach der Wiedervereinigung in deutlichem Ausmaß zu spüren. Für die Städte in den neuen Bundesländern gilt zusätzlich, dass Altlasten der DDR-Städtepolitik und Deökonomisierungsprozesse nach der Wiedervereinigung ihre Situation erheblich erschweren. Die innerdeutsche Migration von Ost nach West lässt die Einwohnerzahl in den neuen Ländern rapide sinken. Da die Bevölkerung in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Jahrzehnten bis 2050 um 10 bis 17 Prozent abnehmen wird, gewinnt die Herausforderung sinkender Einwohnerzahlen für beinahe alle Städte im Bundesgebiet an Bedeutung (vgl. Bib 2008b: 17). Die mit dem demographischen Wandel verbundenen Prozesse „vollziehen sich zwar schleichend, sind aber von erheblicher stadtbestimmender Wirkung“ (Mäding 2006: 38). Gemeinsam mit der unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung führt der zunehmende Konflikt um Einwohnerpotenziale zu einer steigenden Polarisierung des Städtesystems. Den auch in Zukunft wachsenden Städten stehen immer mehr schrumpfende Städte gegenüber.

Schrumpfung – also der gleichzeitige Rückgang von Einwohnern und Wirtschaftsleistung – ist in beinahe allen Bereichen der Stadt zu spüren. Die einzelnen Folgeprozesse wirken aufeinander ein und können sich gegenseitig verstärken. Die Konsequenzen der Schrumpfung stellen die Städte vor schwerwie-

gende Herausforderungen und verändern sowohl deren physische als auch soziale Gestalt. In der Folge muss von einer herkömmlichen Entwicklung im Sinne der ‚wachsenden‘ Stadt Abschied genommen werden.

Dennoch existieren auch Chancen der Schrumpfung, denn es handelt sich dabei nicht zwangsläufig um einen Prozess mit rein negativen Folgen. Grundlegend ist die Erkenntnis, dass Schrumpfung überhaupt erst einmal zu akzeptieren und Entwicklung nicht allein über Wachstum zu erreichen ist. Ein Umdenken in den Köpfen ist dringend notwendig. Andernfalls verursacht die über einen gesunden Wettbewerb hinausgehende Auseinandersetzung zwischen Regionen und zwischen Städten insgesamt nachteilige Ergebnisse. Die mit der Schrumpfung verbundenen Chancen müssen ebenso wie vorbeugende Maßnahmen frühzeitig aktiviert und eingeleitet werden, um Fehlentwicklungen abzuwenden und Potenziale nicht zu verspielen (vgl. Glock 2006: 205; Siedentop 2004: 258; Piniek/Prey 2005: 156):

„Eine schrumpfende Bevölkerung und die sinkende Zahl junger Menschen bedeuten nicht, dass dadurch fest vorgegeben ist, welche Möglichkeiten uns als Gesellschaft bleiben. Zu einem guten Teil haben wir es selbst in der Hand, unsere Zukunft – trotz schwieriger Rahmenbedingungen – zu gestalten.“ (Tutt 2007: 11)

In dieser Arbeit wurden einige Konzepte präsentiert, wie den die Städte betreffenden Herausforderungen in schrumpfenden Regionen begegnet und für junge Menschen Chancen und positive Zukunftsmöglichkeiten aktiviert werden können. Dominierende Leitideen sind dabei unter anderen Entlastungswirkungen von Schrumpfung, realisierbare Vorteile durch Kooperation – von der regionalen bis auf die Bürgerebene – sowie die besondere Eigenheit schrumpfender Städte, eine ‚andere‘ Art von Entwicklung und Nutzung zuzulassen. Für alle untersuchten Bereiche – Demografie, Infrastruktur, Ökologie, Ökonomie, Politik, Soziales und Soziokulturelles sowie Wohnungswesen und Städtebau – konnten mobilisierbare Potenziale identifiziert werden. Letztendlich kann es jedoch nicht nur darum gehen, von außen Möglichkeiten anzubieten beziehungsweise direkt bereit zu stellen. Entscheidend ist vielmehr, dass junge Menschen auch die ihnen offenen Chancen ergreifen und in der Wirklichkeit durchsetzen.

Literaturverzeichnis

Afheldt, Heik (2003): Ein Traum wird wahr – eine Stadt mit Kindern, in: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hg.), Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtumbau, Erkner/Darmstadt, S. 229-230.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2006a): Folgen des demographischen Wandels für Städte und Gemeinden in Deutschland – Handlungsempfehlungen, Hannover, verfügbar über: http://www.arl-net.org/pdf/pospapier/PosPaper_62.pdf [abgerufen am 20. August 2009].

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2006b): Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren, Hannover, verfügbar über: http://www.arl-net.org/pdf/pospapier/PosPaper_69-neu.pdf [abgerufen am 20. August 2009].

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2007): Wir leben regional. Es ist Zeit für eine gut funktionierende Regionalentwicklung, Hannover, verfügbar über: http://www.arl-net.org/pdf/pospapier/PosPaper_74.pdf [abgerufen am: 20. August 2009].

Akbar, Omar (2004): Schrumpfende Städte – Don't Panic, in: Ferguson, Francesca (Hg.), Deutschlandschaft. Epizentren der Peripherie, Ostfildern-Ruit, S. 208-211

Albers, Gerd (2007): Strukturmodelle für die Stadtentwicklung gerichtet auf Wachstumslenkung – geeignet für Schrumpfungslenkung?, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel, S. 31-46.

Anonym (2008): Ein Hauch von Wildnis in der Stadt. Direkt an Wohnblock leben Heck-Rinder und Urpferde, die es sonst nur in Zoos gibt, in: Leipziger Volkszeitung, 30. Januar 2008, S. 20.

Barber, Benjamin R. (1984): Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age, Berkeley.

Barnick, Ole (2008): Die schrumpfende Stadt und das Modell der europäischen Stadt, Saarbrücken.

Bartels, Olaf (2004): Die Architektur der schrumpfenden Stadt, in: Altröck, Uwe; Schubert, Dirk (Hg.), Wachsende Stadt. Leitbild – Utopie – Vision?, Wiesbaden, S. 265-272.

Becker, Heidede (2007): Städtische Transformation. Strategien und Instrumente zur Anpassung stadträumlicher Strukturen, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel, S.233-252.

Beck, Sonja (2004): Citys auf der Couch. Ein Tagebuch der Psychologie des Schrumpfens, in: Ferguson, Francesca (Hg.), Deutschlandschaft. Epizentren der Peripherie, Ostfildern-Ruit, S. 224-227.

Bernt, Matthias (2005): Fiktive Werte – Imaginierte Märkte. Wohnungsmärkte in Ostdeutschland, in: Oswald, Philipp (Hg.), Schrumpfende Städte. Band 2: Handlungskonzepte, Ostfildern-Ruit, S. 592-596.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2006): Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh.

Birg, Herwig (2003): Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland. Prognosen und Auswirkungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 20/2003, S. 6-16.

Blinkert, Baldo (1993): Aktionsräume in der Stadt. Eine Untersuchung im Auftrag der Stadt Freiburg, Pfaffenweiler.

Blinkert, Baldo (2003): 10 Jahre Kinderstudie – Anstöße für die kommunale Kinderpolitik?, unveröffentlichtes Redemanuskript.

Blinkert, Baldo (2004): Quality of the City for Children. Chaos and Order, in: Children, Youth and Environments, Vol. 14, No. 2, S. 99-112.

Bogedan, Claudia; Müller-Schoell, Till; Ziegler, Astrid (Hg.) (2008a): Demografischer Wandel als Chance. Erneuerung gesellschaftlicher Solidaritätsbeziehungen?, Hamburg.

Bogedan, Claudia; Müller-Schoell, Till; Ziegler, Astrid (2008b): Demografischer Wandel als Chance, in: Bogedan, Claudia; Müller-Schoell, Till; Ziegler, Astrid (Hg.), Demografischer Wandel als Chance. Erneuerung gesellschaftlicher Solidaritätsbeziehungen?, Hamburg, S. 9-26.

Bohne, Rainer; Eichstädt-Bohlig, Franziska; Hannemann, Christine (2006): Die Gestaltung der schrumpfenden Stadt, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert, Berlin, S. 55-73.

Börsch-Supan, Axel; Erlinghagen, Marcel; Hank, Karsten; Jürges, Hendrik; Wagner, Gerd G. (Hg.) (2009): Produktivität in alternden Gesellschaften, Stuttgart.

Bose, Marc; Wirth, Peter (2006): Gesund schrumpfen oder Ausbluten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 21-22/2006, S. 18-24.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Krekel, Reinhard (Hg.), Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen, S.183-198.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (2008a): Die demographische Lage in Deutschland 2008, verfügbar über: http://www.bib-demographie.de/cIn_099/nn_750440/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Demolage/Demolage2008,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Demolage2008.pdf [abgerufen am: 5. März 2009].

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (2008b): Bevölkerung. Daten, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland, verfügbar über: http://www.bib-demographie.de/cIn_050/nn_749852/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Broschueren/bev3__2008,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/bev3_2008.pdf [abgerufen am: 5. März 2009].

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2006): Infrastrukturkostenrechnung in der Regionalplanung. Ein Leitfadens zur Abschätzung der Folgekosten alternativer Bevölkerungs- und Siedlungsszenarien für soziale und technische Infrastrukturen, Bonn.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2008): Zwischennutzungen und Nischen im Städtebau als Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung, Bonn.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2009): Renaturierung als Strategie nachhaltiger Stadtentwicklung. Ergebnisse des Forschungsprojekts, Bonn.

Burckhardt, Lucius (2004): Niemandsland, in: Burckhardt, Lucius, Warum ist Landschaft schön? Die Spaziergangswissenschaft (hg. von Markus Ritter und Martin Schmitz), Berlin, S. 140-141.

Cabane, Philippe (2002): nt/Areal – Zwischennutzung als urbaner Impuls. Ein Projekt auf neuen Wegen der Stadtentwicklung auf dem Areal des ehemaligen DB-Güterbahnhofs in Basel, in: Tec21, 2/2002, verfügbar über: www.arenal.org/areal_alt/extern/tec21/tec21_cabane.pdf [abgerufen am 15. August 2007].

Cabane, Philippe (2005): Erlenmattquartier in Basel. Vom politischen Management zur urbanen Qualität, in: Tec21, 14-15/2005, S. 14-16.

Canzler, Weert; Knie, Andreas (2007): Demographie und Verkehrspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 29-30/2007, S. 9-14.

Christiaanse, Kees; Michaeli, Mark; Rieniets, Tim (2007): Aufgabe als Aufgabe. Entwurf und Strategie im perforierten Raum, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), *Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien*, Basel, S. 162-186.

Coleman, James S. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital, in: *The American Journal of Sociology*, Vol. 94, Supplement, S. 95-120.

Dahlbender, Brigitte (2006): Vorfahrt für Urbanität – Strategien gegen den Flächenverbrauch, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert*, Berlin, S. 175-184.

Denkler, Thorsten (2009): Ran an die Mütter, in: *sueddeutsche.de* vom 26.01.2009, verfügbar über: <http://www.sueddeutsche.de/politik/418/456088/text/> [abgerufen am: 17. August 2009].

Deutscher Städtetag (2006): Demografischer Wandel. Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die Städte, Köln und Berlin.

Druyen, Thomas (2005): Die große Alterswende, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 49-50/2005, S. 17-25.

Eichstädt-Bohlig, Franziska (2006): Starke Städte brauchen Unterstützung. Acht bundes- und landespolitische Reformanforderungen für die Zukunftsgestaltung der Städte, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert*, Berlin, S. 185-200.

Eichstädt-Bohlig, Franziska; Drewes, Sabine (2006): Einleitung: Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert*, Berlin, S. 9-18.

Feldtkeller, Andreas (2006): Die ‚Stadt der kurzen Wege‘ – Ein Mosaik unterschiedlicher Lebensqualitäten, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert*, Berlin, S. 159-174.

Franz, Peter (2004): Schrumpfende Städte – schrumpfende Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaft*, Vol. 43 No. 1, S. 33-50.

Franz, Peter (2005): Regionalpolitische Optionen für schrumpfende Städte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 3/2005, S. 10-26.

Frick, Dieter (2006): Theorie des Städtebaus. Zur baulich-räumlichen Organisation von Stadt, Tübingen.

Ganser, Karl (1997): Aufstieg und Fall städtischer Regionen, in: Krämer-Badoni, Thomas; Petrowsky, Werner (Hg.), *Das Verschwinden der Städte. Tagungsbericht. Dokumentation des 16. Bremer Wissenschaftsforums der Universität Bremen*, 14.-16. November 1996, Bremen, S. 7-12.

Ganser, Karl (2002): ‚Hände weg, liegen lassen‘, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hg.), *Schrumpfende Städte fordern neue Strategien für die Stadtentwicklung. Aus dem Leerstand in neue Qualitäten?*, Wuppertal, S. 105-112.

Gebhard, Ulrich (2001): Kind und Natur. Die Bedeutung der Natur für die psychische Entwicklung, Wiesbaden.

Geißler, Clemens (1991): Die Bevölkerungsentwicklung. Anforderungen der Generationen an das Leben und Wohnen der Stadt, in: Ganser, Karl; Hesse, Joachim Jens; Zöpel, Christoph (Hg.), *Die Zukunft der Städte*, Baden-Baden, S.69-85.

Giseke, Undine (2007): Und auf einmal ist Platz. Freie Räume und beiläufige Landschaften in der gelichteten Stadt, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel, S. 187-217.

Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.) (2007a): Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel.

Giseke, Undine; Spiegel, Erika (2007b): Ein Fazit, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel, S. 253-268.

Glock, Birgit (2006): Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich, Wiesbaden.

Göschel, Albrecht (2004a): Die Zukunft der deutschen Stadt. Schrumpfung oder Wachstum?, Bielefeld, verfügbar über: <http://www.uni-bielefeld.de/bi2000plus/dokumente/G%F6schel%-2035.pdf> [abgerufen am 29. März 2009].

Göschel, Albrecht (2004b): Stadtschrumpfung, Bedingung punktuellen Stadtwachstums, in: Altrock, Uwe; Schubert, Dirk (Hg.), Wachsende Stadt. Leitbild – Utopie – Vision?, Wiesbaden, S. 239-249.

Großmann, Katrin (2007): Am Ende des Wachstumsparadigmas? Zum Wandel von Deutungsmustern in der Stadtentwicklung. Der Fall Chemnitz, Bielefeld.

Groth, Klaus-Martin; Helbrecht, Ilse; Rommelspacher, Thomas (2006): Von der Disparität zur Differenz. Die Zukunft der ‚Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‘, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert, Berlin, S. 37-53.

Gründinger, Wolfgang (2009): Aufstand der Jungen. Wie wir den Krieg der Generationen vermeiden können, München.

Grünheid, Evelyn (2009): Überblick über die demografische Entwicklung in West- und Ostdeutschland von 1990 bis 2004, in: Cassens, Ina; Luy, Marc; Scholz, Rembrandt (Hg.), Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende, Wiesbaden, S. 12-47.

Grünzig, Matthias (2007): Stadtblüte. Greifswald: Ein neuer Campus vertreibt die ostdeutsche Resignation, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 4. September 2007, Nr. 205, S. 36.

Grünzig, Matthias (2009): Da bist du Platte. Es muss nicht immer Abriss sein. Die Umgestaltung des Ostseenviertels in Greifswald beteiligt vorbildlich die Bürger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Februar 2009, Nr. 31, S. 34.

Grymer, Herbert (2003): Stadtentwicklung trotz Schrumpfung? Einige Bemerkungen über die mentalen Hemmnisse städtischer Kreativität, in: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hg.), Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtbau, Erkner/Darmstadt, S. 184-195.

Habermann-Nieße, Klaus (2006): Die Stadt der Stadtteile. Über Differenzierung und Qualifizierung der Stadtquartiere, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert, Berlin, S. 93-103.

Hannemann, Christine (2000): Zukunftschance Schrumpfung – Stadtentwicklung in Ostdeutschland – eine Skizze, in: Hager, Frithjof; Schenkel, Werner (Hg.), Schrumpfungen. Chancen für ein anderes Wachstum. Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften, Berlin u.a., S. 99-105.

Hannemann, Christine (2002): ‚Soziales Kapital‘ kleiner Städte – Perspektive für schrumpfende Städte in Ostdeutschland?, in: Hannemann, Christine; Kabisch, Sigrun; Weiske, Christine (Hg.), Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands, Berlin, S. 11-28.

Hannemann, Christine (2003): Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 28/2003, S. 16-24.

Hannemann, Christine (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess, Berlin.

Hannemann, Christine (2005): Rettet soziales Kapital schrumpfende Städte?, in: Oswald, Philipp (Hg.), Schrumpfende Städte. Band 2: Handlungskonzepte, Ostfilder-Ruit, S. 484-488.

Häußermann, Hartmut (2001): Städte, Gemeinden und Urbanisierung, in; Joas, Hans (Hg.) Lehrbuch der Soziologie, Frankfurt/New York, S. 505-532.

Häußermann, Hartmut (2005): Umbauen und Integrieren – Stadtpolitik heute, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 3/2005, S. 3-8.

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1988): Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie, in: Friedrichs, Jürgen (Hg.), Soziologische Stadtforschung, Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), Opladen, S. 78-94.

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (2000): Neue Entwicklungstypen von Großstädten, in: Hager, Frithjof; Schenkel, Werner (Hg.), Schrumpfungen. Chancen für ein anderes Wachstum. Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften, Berlin u.a., S. 75-85.

Häußermann, Hartmut; Läßle, Dieter; Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik, Frankfurt/Main.

Heimbach-Steins, Marianne (2008): Gerechte Beteiligung an und durch Bildung im Wandel gesellschaftlicher Generationenverhältnisse. Sondierungen zum Zusammenhang von Bildungs- und Generationengerechtigkeit, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, Vol. 49, S. 233-267.

Humpert, Klaus (Hg.) (1997): Stadterweiterung: Freiburg Rieselfeld. Modell für eine wachsende Stadt, Stuttgart.

Hurrelmann, Klaus (2001): Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 44/2001, S. 3-6.

Ipsen, Detlev (2006): Migration und die Vielfalt der Kulturen als Ressource der Stadtentwicklung, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert, Berlin, S. 105-120.

Jessen, Johann (2007): Stadtverdünnung? Wie verändert sich die funktionalräumliche und morphologische Struktur von Städten unter den Bedingungen des Schrumpfens?, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel, S. 47-62.

Kaltenbrunner, Robert (2005): Die Stadt ist zur Region geworden. Handlungskonzepte für Agglomerationen, in: Oswald, Philipp (Hg.), Schrumpfende Städte. Band 2: Handlungskonzepte, Ostfilder-Ruit, S. 310-321.

Karsten, Martin (2006): So schön kann Schrumpfen sein. Städte in Nordrhein-Westfalen erproben Strategien für den Bevölkerungsrückgang, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. August 2006, Nr. 189, S. B7.

Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/Main.

Keim, Karl-Dieter (2003): Zur Notwendigkeit kreativer Arbeitsformen bei der Stadtentwicklung in Ostdeutschland, in: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hg.), Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtbau, Erkner/Darmstadt, S. 14-25.

Kersting, Norbert (2006): Interkommunale Kooperation oder Wettbewerb?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 21-22/2006, S. 32-38.

Kil, Wolfgang (2004): Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt, Wuppertal.

Kil, Wolfgang (2008): Das Wunder von Leinefelde. Eine Stadt erfindet sich neu, Dresden.

Kil, Wolfgang; Doehler, Marta; Bräuer, Michael (2003): Zukunft der Städte und Stadtquartiere Ostdeutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 28/2003, S. 25-31.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.) (2008): Die Politische Meinung, 12/2008.

Kopycka, Katarzyna (2008): Reform des polnischen Bildungssystems – eine expansive Strategie des Staates gegenüber dem demografischen Wandel?, in: Werz, Nikolaus (Hg.), Demografischer Wandel, Baden-Baden, S. 111-124.

Kühn, Manfred; Liebmann, Heike (Hg.) (2009): Regenerierung der Städte. Strategien der Politik und Planung im Schrumpfungskontext, Wiesbaden.

Kunz, Wolfgang (2007): Leipzig. Alternative Strukturkonzepte für eine Stadt im Übergang, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel, S. 134-161.

Lang, Thilo (2001): Vermutungen, Fakten und Thesen zur schrumpfenden Stadt, verfügbar über: <http://www.schrumpfende-stadt.de/magazin/pit/thesen.htm> [abgerufen am 25. Februar 2009].

Lang, Thilo (2003): Schrumpfende Städte – eine Annäherung, verfügbar über: <http://www.schrumpfende-stadt.de/magazin/0312lang.htm> [abgerufen am: 25. Februar 2009].

Lang, Thilo; Tenz, Eric (2003): Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City. Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung, Dortmund.

Läpple, Dieter (2006): Städtische Arbeitswelten im Umbruch. Zwischen Wissensökonomie und Bildungsarmut, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert, Berlin, S. 19-35.

Lau, Peter (2004): Was tun mit kalten Platten? Raum schaffen durch Schrumpfung. in Ostdeutschland geht das jetzt. da schrumpfen die Städte. eine einmalige Gelegenheit für Experimente, die allen nutzen, in: Brandeins, Vol. 6, 05/2004, S. 86-93.

Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hg.) (2003a): Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtumbau, Erkner/Darmstadt.

Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (2003b): Städtische Kreativität. Ein Potenzial für den Umgang mit Stadtschrumpfungprozessen, in: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hg.), Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtumbau, Erkner/Darmstadt, S. 6-13.

Liebmann, Heike (2005): Wann ist der Stadtumbau Ost erfolgreich?, im: Städte im Umbruch, in: Städte im Umbruch. Das Online Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau & Regenerierung, 3/2005, verfügbar über: <http://www.schrumpfende-stadt.de/magazin.htm> [abgerufen am: 25. Februar 2009], S. 9-12.

Mädling, Heinrich (2006): Demographische Veränderungen und ihre Konsequenzen für städtische Politik und Verwaltung, in: Frankfurter Statistische Berichte 1/2006, S. 29-40.

Mai, Ralf (2004): Abwanderung aus Ostdeutschland, in: Städte im Umbruch. Das Online Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau & Regenerierung, 1/2004, verfügbar über: <http://www.schrumpfende-stadt.de/magazin.htm> [abgerufen am: 25. Februar 2009], S. 27-35.

Maretzke, Steffen et al. (2008): Gemeinsames Thesenpapier, in: Maretzke, Steffen (Hg.), Städte im demografischen Wandel. Wesentliche Strukturen und Trends des demografischen Wandels in den Städten Deutschlands, Wiesbaden, S. 8-15.

Müller, Christa (2007): Interkulturelle Gärten – Urbane Orte der Subsistenzproduktion und der Vielfalt, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 1/2007, S. 55-67.

Nagel, Günter (2007): Stadt ist Landschaft. Landschaft als konstitutives Strukturelement für stadträumliche Konzepte, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel, S. 218-232.

Oswalt, Philipp; Overmeyer, Klaus; Prigge Walter (2001): Experiment und Utopie im Stadtumbau Ostdeutschlands, verfügbar über: http://www.oswalt.de/de/text/txt/stadtumbau_p.html [abgerufen am: 25. Februar 2009].

Pahl-Weber, Elke; Roskamm, Nicolai (2007): Weniger Menschen – andere Stadt? Zum Umgang mit städtischen Schrumpfungprozessen im Westen Deutschlands, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel, S. 85-108.

Pfeifer, Anne; Lang, Thilo; Brandstetter, Benno; Tenz, Eric (2004): Städte im Umbruch, in: Städte im Umbruch. Das Online Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau & Regenerierung, 1/2004, verfügbar über: <http://www.schrumpfende-stadt.de/magazin.htm> [abgerufen am: 25. Februar 2009], S. 3-6.

Piniek, Sonja; Prey, Gisela (2005): Schrumpfen als Chance? Potentiale zivilgesellschaftlichen Engagements, in: Stadort – Zeitschrift für Angewandte Geographie, Vol. 29 No. 3, S. 156-160.

Preisendörfer, Peter (2007): Sozialkapital und unternehmerisches Handeln. Das soziale Netzwerk von Unternehmensgründern als Erfolgsfaktor, in: Franzen, Axel; Freitag, Markus (Hg.), Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47, S. 272-293.

Ramge, Thomas (2004): Bau ab! Bau ab! Auch für leer stehende Plattenbauten in Ostdeutschland gilt: Es kommt darauf an, was man daraus macht, in: Brandeins, Vol. 6, 05/2004, S. 94-97.

Reichert, Monika (Hg.) (2007): Was bedeutet der demographische Wandel für die Gesellschaft? : Perspektiven für eine alternde Gesellschaft, Berlin.

Reuter, Michael; Schrapper, Christian (2004): ‚Spiel – Raum – Stadt‘. Eine Untersuchung der Spiel- und Aktionsräume von Kindern in der Stadt Koblenz als Grundlage für die Jugendhilfe- und Stadtplanung, in: Schrapper, Christian (Hg.), Sozialpädagogische Forschungspraxis. Positionen, Projekte, Perspektiven, Weinheim, S. 63-75.

Riebsamen, Hans (2005): Für eine Kehrtwende in der Planung der Städte. Speer: Weg vom Umland-Eigenheim, hin zum urbanen Viertel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.09.2005, Nr. 221, S. 44.

Robert Bosch Stiftung GmbH (2006): Demographie als Chance. Demographische Entwicklung und Bildungssystem – finanzielle Spielräume und Reformbedarf, Stuttgart.

Robischon, Tobias (2003): Wie man sich ein Bild von Schrumpfung macht, in: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hg.), Städtische Kreativität. Potenzial für den Stadtumbau, Erkner/Darmstadt, S. 233-235.

Salzmann, Thomas (2009): Die unterschiedlichen bevölkerungsdynamischen Konsequenzen von Migration, Mortalität und Fertilität, in: Cassens, Ina; Luy, Marc; Scholz, Rembrandt (Hg.), Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende, Wiesbaden, S. 48-74.

Sarcinelli, Ulrich; Stopper, Jochen (2006): Demographischer Wandel und Kommunalpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 21-22/2006, S. 3-10.

Schäfers, Bernhard (2006): Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien – Grundlagen und Praxisfelder, Wiesbaden.

Schelkes, Reinhard (2001): Rieselfeld Freiburg. Die Entstehung eines neuen Stadtteils um die Jahrtausendwende, in: Regio Basiliensis, 3/2001, S. 237-248.

Schmid, Josef (2001): Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 43/2001, S. 20-30.

Schmidt, Kerstin; Große Starmann, Carsten (2006): Kommunen im demographischen Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 21-22/2006, S. 10-17.

Schmidt, Rainer (2008): Die Jungen regieren. Das Alter der Bevölkerung als politisches Ordnungsproblem, in: Werz, Nikolaus (Hg.), Demographischer Wandel, Baden-Baden, S. 71-83.

Scholz, Carola (2006): Stadtentwicklung braucht Beteiligungskultur. Bürgerorientierung als kommunale Gesamtstrategie, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Das neue Gesicht der Stadt. Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert, Berlin, S. 137-158.

Schubarth, Wilfried; Speck, Karsten (2008): Folgen des demografischen Wandels für das Aufwachsen von Jugendlichen. Herausforderungen für Schule und Jugendhilfe, in: Hoffmann, Dagmar; Schubart, Wilfried; Lohmann, Michael (Hg.), Jungsein in einer alternden Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Perspektiven für das Zusammenleben der Generationen, Weinheim und München, S.113-130.

Schubert, Dirk; Altrock, Uwe (2004): ‚Wachsende Städte‘ – Inseln der Glückseligkeit im Meer der Schrumpfung zwischen Globalisierung und Nachhaltigkeit?, in: Altrock, Uwe; Schubert, Dirk (Hg.), Wachsende Stadt. Leitbild – Utopie – Vision?, Wiesbaden, S. 352-372.

Selbstnutzer Kompetenzzentrum für Wohneigentum GmbH (o. J.): www.selbstnutzer.de [zuletzt abgerufen am 24. August 2009].

Siebel, Walter (2002): Stigma wird Kapital. Chancen der Industrieregion Rhein-Ruhr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Mai 2002, Nr. 121, S. 50.

Siedentop, Stefan (2004): Anforderungen an einen qualifizierten Stadtumbau in schrumpfenden Städten, in: Altrock, Uwe; Schubert, Dirk (Hg.), Wachsende Stadt. Leitbild – Utopie – Vision?, Wiesbaden, S. 251-263.

Sommer, Bettina (2007): Der Demographische Wandel in den nächsten Jahrzehnten, in: Höhn, Charlotte; Dorbritz, Jürgen (Hg.), Demographischer Wandel – Wandel der Demographie. Festschrift für Prof. Dr. Karl Schwarz, Wiesbaden, S. 275-299.

Spiegel, Erika (2007a): Weniger – älter – bunter. Demographische Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel, S. 18-30.

Spiegel, Erika (2007b): Wohnen und Wohnungen als Strukturelemente der Stadt. Hat jede Vergangenheit eine Zukunft?, in: Giseke, Undine; Spiegel, Erika (Hg.), Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien, Basel, S. 63-84.

Städteregion Ruhr (Städte Duisburg, Oberhausen, Mülheim an der Ruhr, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Bochum und Dortmund) (Hg.) (2006): Masterplan Ruhr, Duisburg.

Steinführer, Annett (2002): Wohnmobilität auf einem ‚Mietermarkt‘ – Leipziger Fallbeispiele, in: Hannemann, Christine; Kabisch, Sigrun; Weiske, Christine (Hg.), Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands, Berlin, S. 123-143.

Tatje, Susanne (2008): Weichen für die Zukunft – Demografische Planung in der Stadt, in: Bogedan, Claudia; Müller-Schoell, Till; Ziegler, Astrid (Hg.), Demografischer Wandel als Chance. Erneuerung gesellschaftlicher Solidaritätsbeziehungen?, Hamburg, S. 114-125.

Tröger, Tim; Heck, Astrid (2007): Wächterhäuser in Leipzig. Neues Handlungsinstrument zur Sicherung des baukulturellen Erbes in schrumpfenden Städten, in: Städte im Umbruch. Das Online Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau & Regenerierung, 4/2007, verfügbar über: <http://www.schrumpfende-stadt.de/magazin.htm> [abgerufen am: 25. Februar 2009], S. 62-65.

Tutt, Cordula (2007): Das große Schrumpfen. Unsere auf Wachstum und Sicherheit geeichte Weltsicht hat ausgedient. Vielen droht der Abstieg, für andere eröffnen sich Chancen. Ideen braucht das Land – und Bürger, die zeigen, was diese Gesellschaft zusammenhält, Berlin.

Umweltbundesamt (2007): Soziodemographischer Wandel in Städten und Regionen - Entwicklungsstrategien aus Umweltsicht, Dessau.

Werner, Karin (2008): Interkulturelle Gärten als Sozialräume der Mikro-Integration, München, verfügbar über: http://www.stiftung-interkultur.de/werner_mikro.pdf [abgerufen am: 20. August 2009].

Werz, Nikolaus (2008): Einleitung, in: Werz, Nikolaus (Hg.), Demographischer Wandel, Baden-Baden, S. 7-11.

Winkels, Rico S. (2007): Demografischer Wandel. Herausforderungen und Chancen für Personalentwicklung und Betriebliche Weiterbildung, Münster.

Würker, Kay (2005): Urviecher in der Wildnis von Heiterblick, in: Leipziger Volkszeitung, 28. März 2005, verfügbar über: <http://www.nabu-koethen.de/download/Heckrinder%20in%20Leipzig.pdf> [abgerufen am: 25. August 2009].

zur Nedden, Martin (2008): Leipzig – Standort mit Zukunft, in: Mager, Thomas J.; Wahlen, Dieter (Hg.), Beispiele der Stadt- und Regionalentwicklung. Beiträge zur Baukultur, Stadt- und Regionalentwicklung, Köln, S. 41-48.